

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 29 Pf. frei im Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingeklagen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgeheften Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 3. Januar 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Ein Jahr politischer Konsolidierung.

London, 31. Dezember 1902.

Sowohl in der äußeren wie in der inneren Politik zeigte die besiegene Klasse Englands im Jahre 1902 deutlich das Bestreben, ihre Herrschaft zusammen zu fassen und zu befestigen. Nach außen hin gegen Rußland in Ostasien und gegen verschiedene selbständige Stämme und Länder in Afrika; im Innern gegen die Arbeiterklasse und die radikalen bürgerlichen Strömungen. Dieses Bestreben war in bedeutendem Maße von Erfolg gekrönt.

### Äußere Politik.

In allen politischen Kreisen, auf deren Urteil Gewicht zu legen ist, wird der siegreich abgeschlossene Feldzug in Südafrika als der letzte große Eroberungskrieg Englands betrachtet. Die nach dreihalb-jährigem Ringen niedergeworfenen Boerrepubliken sollen den Schlüsselstein des britischen Reiches bilden. Was nunmehr folgen wird, ja, was bereits folgt, ist ein weltpolitisches Programm verhältnismäßig friedlicher Konsolidierung und Abrundung durch Austausch abseits gelegener Gebiete, ferner durch Abkommen mit gleichgeordneten Großmächten, schließlich durch Allianzen, um das weltpolitische Gleichgewicht, oder richtiger um den gegenwärtigen weltpolitischen Besitzstand auf möglichst lange Jahre hinaus aufrechtzuerhalten und, wenn Verschiebungen unvermeidlich sind, sie ohne tiefere Erschütterungen vor sich gehen zu lassen. Dies scheint der Wunsch Englands zu sein. Aus dieser Stimmung sind die Friedensollänge zu verstehen, die der neue Premierminister Mr. A. J. Balfour in seiner ersten Guildhall-Rede erschaffen ließ.

Der einzige politische Konkurrent, mit dem die britische Diplomatie in Asien ernstlich rechnet, ist Rußland. Eine friedliche Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Mächten ist einfach unmöglich; erstens dauern internationale Abmachungen nur so lange, bis eine der kontrahierenden Mächte sich stark genug fühlt, den Vertrag zu brechen; zweitens ist zwischen diesen Mächten auch nicht dasjenige Minimum von Vertrauen vorhanden, das zum Abschluß eines Vertrages absolut nötig ist. Mr. Joseph Chamberlain, dem wenigstens die Gabe der Offenheit eigen ist, sagte im Jahre 1896 über Rußland: „Wer mit dem Teufel spielen will, muß einen langen Stöckel haben“. Nun ist man in Petersburg der Ansicht, daß der Teufel in Downing Street, London, wohne. Schließlich ist kein Diplomat im stande zu sagen, wo die russische Latzweide Halt machen wird. Rußland betrachtet einfach Asien als sein Hinterland. Da hilft keine papierne Abmachung. Nur eine undurchdringliche Schutzmauer von Stahl wird der russischen Politik einen heilsamen Respekt einflößen. Und nach einer solchen Schutzmauer sucht England. Seitdem Lord Salisbury das auswärtige Amt und nachher das Ministerium ganz verlassen hat, war die britische Diplomatie geräuschlos, aber unermüdlich tätig, diejenigen Mächte an sich zu ziehen, die in Asien in einem Interessengegensatz zu Rußland stehen. In dieser Reihe kam das tapfere und in hohen Maße kulturfähige Japan in Betracht, dem die geschichtliche Aufgabe zufällt, die gelbe Rasse zu reorganisieren, sie den neuen Verhältnissen anzupassen und sie vor allen gegen russische Angriffe widerstandsfähig zu machen. In Erkenntnis dieser Sachlage trat England aus der lange innegehabten isolierten Stellung heraus und schloß mit Japan einen Vertrag ab. Ferner gelang es England, von China einen Handelsvertrag zu erlangen, der durch die Abschaffung der Zolldarstellungen (Zoll) und durch die Einführung einer einheitlichen Münze eine innere, nationale Entfaltung Chinas erleichtert. Ebenso ist England bemüht, die Unabhängigkeit Siam's zu schützen und das Eindringen von gebildeten Japanesen in siamesische Regierungsämter zu fördern. Dieser Politik im fernen Osten schließt sich das Programm der Verteilung Indiens an. Der in Angriff genommene Bahnbau Quetta-Ausicht im Nordwesten Indiens soll einer rascheren Mobilisierung der indischen Armee dienen. Ein weiterer Punkt dieses Programms ist die Ernennung Lord Kitcheners, des fähigsten militärischen Organisations-Großbritanniens, zum Oberbefehl in Indien. Auf Afghanistan ist die ganze Aufmerksamkeit der indischen Regierung gerichtet. Herat wird in den nächsten Jahren in der anglo-russischen Politik dieselbe Rolle einnehmen wie früher Konstantinopel. In Kleinasien soll Deutschland eingeschoben werden, um Rußland zu beschäftigen. Konstantinopel soll nunmehr das Centrum des diplomatischen Intriguenspiels zwischen den Germanen und Slaven werden, was einen Verzicht Englands auf die Levante bedeutet, ebenso auf gewisse Rechte in Nordpersien zu Gunsten Deutschlands. Diese orientalische Politik der britischen Diplomatie ist noch sehr jungen Datums und wird sich äußerlich langsam entfalten, da die öffentliche Meinung Englands für ein Zusammengehen mit Deutschland noch nicht reif ist. Dies zeigt auch das anglo-deutsche Vorgehen gegen Venezuela, das beim britischen Publikum sehr große Unzufriedenheit hervorgerufen hat; in einem in den „Times“ (22. Dezember) veröffentlichten Gedicht giebt Rudyard Kipling dieser Unzufriedenheit heftigen Ausdruck. Trotz alledem darf man annehmen, daß ein anglo-deutsches Einvernehmen im Orient unvermeidlich ist, was selbstredend Rußland veranlassen wird, sich Oesterreich-Ungarn zu nähern.

In Afrika ist die britische Diplomatie vor allem bestrebt, die Boerenelemente zu gewinnen und sie zu einem festen Bestandteil des britischen Empires zu machen. Unmittelbar nach dem Friedensschluß zeigte das englische Volk einen Umschwung der Geminnung dem früheren Feinde gegenüber. Die Streitart wurde begraben und als die Boerführer englischen Boden betraten, fanden sie überall einen enthusiastischen Empfang. Zum Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Länderchen bewilligte das Parlament acht Millionen Pfund Sterl. Die Regierung sandte ihr bestes Mitglied, Mr. Josef Chamberlain, nach Südafrika, um vor allem die Loyalisten zu beruhigen, die einer

Gleichberechtigung der Boerenelemente heftigen Widerstand leisten. Die Konsolidierung der afrikanischen Besitzungen führte zu einem Krieg gegen Somaliland, das in seinem Richter, dem Mullah Hadshi Mahmud Abdullah einen tapferen Organisator gefunden hat. Die britische Expedition unter Oberst Swayne wurde vorläufig zurückgeworfen, aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Abdullah früher oder später das Schicksal so vieler seiner Vorgänger teilen wird. In dieser Expedition, die gegenwärtig unter Oberst Manning vorbereitet wird, erhält England den Beistand Italiens, das sich im Jahre 1902 in seiner nordafrikanischen Politik von England, dem langjährigen Verbündeten, loslöste, um sich Frankreich zuzuwenden. Diese Schwertung führte im britischen Parlament zu heftigen Auseinandersetzungen, als deren Opfer Lord Currie, der britische Gesandte in Rom, zu betrachten ist. Er trat soeben von seinem Posten zurück. Dagegen gelang es England, den Freundschaftsbund mit Mexiko, dem „König der Könige Aethiopiens“, enger zu knüpfen; der Beweis dafür ist die Grenzregulierung des Sudans mit Aethiopien und die Verpachtung eines kleinen aethiopischen Landstrichs von 400 Hektar an England. Nicht minder wichtig ist der in Kairo abgeschlossene Handelsvertrag zwischen England und Frankreich. Er bedeutet eine französische Anerkennung der britischen Oberherrschaft in Ägypten. Allem Anschein nach ist diese Abmachung nur der Anfang zu einem besseren Verständnis zwischen den beiden Mächten. Dafür sprechen auch die immer lauter werdenden Klagen der Petersburger Presse über eine Entfremdung Frankreichs von Rußland.

Dies alles geschah in einem einzigen Jahre. Ueberblickt man diese geradezu unengische Systematik der diplomatischen Tätigkeit Englands, so kann man nicht umhin, in Lord Lansdowne einen bedeutenden auswärtigen Minister zu erblicken. Es kann aber auch sein, daß das auswärtige Amt Englands bedeutende Talente besitzt, die lange Zeit von der Schwere der Amtsgeschäfte und der traditionellen Autorität Lord Salisburys erdrückt wurden, und die nach seinem Austritt wieder zur Geltung gelangen.

Während England sein Weltreich konsolidiert und abrundet, gewöhnen sich die Angelsachsen der Vereinigten Staaten, auf das britische Empire als auf ihre Erbschaft zu blicken. Immer stärker wird der amerikanische Einfluß auf England. Die finanziellen Riesenpläne der Amerikaner haben auch politische Beweggründe. Enorme amerikanische Kapitalien werden in britischen Geschäftszweigen, Häusern und Grundstücken angelegt. England wird von den Amerikanern mehr und mehr als das „old country“, als das Heimland betrachtet. Jenseit ein erster Konflikt zwischen den beiden angelsächsischen Reichen ist nunmehr ausgeschlossen. Von diesem anglo-amerikanischen Gesichtspunkte darf man die neue englische Politik gegenüber Irland in Erwägung ziehen. Es ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß die irische Agrarfrage rasch einer Lösung entgegengeht. Die Iren bilden ein wichtiges Bindeglied zwischen den Angelsachsen beider Hemisphären. Eine Vesteiligung der irischen Feindschaft bedeutet die Hinwegräumung eines wichtigen Hemmnisses zu einem dauernden Einvernehmen zwischen England und Amerika. Auf seiner Reise nach Amerika wurde Mr. John Redmond, der Führer der Iren, sowohl von Mr. Roosevelt wie von Sir Wilfrid Laurier (Premierminister von Kanada) empfangen. Eine gute englische Agrarpolitik in Irland ist für das Empire mindestens ebenso wichtig wie die Kolonialen Konferenzen, von denen die vierte in diesem Jahre anlässlich der Krönung Eduards VII. in London abgehalten wurde. Ihre Ergebnisse entsprechen zwar nicht den Erwartungen der Imperialisten, nichtdestoweniger sind sie interessante Versuche zum Aufbau eines britischen Imperialverbandes.

### Innere Politik.

Bei dem innigen Zusammenhang zwischen äußerer und heimischer Politik ist es von vornherein zu erwarten, daß die Erfolge des Imperialismus von einer Reaktion gegen die Demokratie begleitet sein müssen. Dies ist beinahe ein historisches Gesetz. Eine Verstärkung desselben findet sich in den Arbeiten der parlamentarischen Session 1902, die eine der längsten war, von denen die Geschichte des britischen Parlaments zu erzählen weiß. Sie begann am 16. Januar und schloß am 18. Dezember. Der weitaus größte Teil der Tagung wurde der antidemokratischen Revision der Geschäftsordnung und der kirchlichen Schulvorlage gewidmet, während das im Prinzip schutzvölkerliche Budget ohne ernstlichen Widerstand angenommen wurde. Abgesehen von der parlamentarischen Zustimmung zum Plane der Munizipalisierung der Londoner Wasserwerke würde man vergeblich nach einer Maßregel zu Gunsten der Arbeiterklasse oder der Demokratie suchen. Mr. A. J. Balfour als Premierminister erwies sich als ein entschlossener Reaktionsär, der um so gefährlicher ist, als er über eine blendende Logik und eine verblühende Liebendwürdigkeit verfügt. Ihm zur Seite steht Lord Hugh Cecil, der jüngste Sohn Lord Salisburys, ein kirchlicher Fanatiker von leidenschaftlicher Verehrbarkeit. Er ist bestimmt, in die höchsten Würden des britischen Empires zu gelangen. Von den Liberalen hat sich nur der junge walisische Abgeordnete Mr. Lloyd-George in den Debatten ausgezeichnet. Seine Karriere ist bereits gemacht. Er wird im nächsten liberalen Kabinett irgend einen Posten erhalten. In den Reihen der Arbeiter-Abgeordneten ist alles beim alten geblieben. Sie schreiten immer rückwärts. Auch Mr. Chadleton, der unabhängig von den bürgerlichen Parteien von den Arbeitern in Lancashire gewählt wurde, befindet sich bereits im liberalen Lager. Von diesen schlichten Männern aus der Werkstatte hat die Bourgeoisie nichts zu befürchten. Im Gegenteil, sie sind ihr herzlich willkommen. Als um die Mitte des Monats März die Waisstunden-Vorlage für Bergleute zur zweiten Lesung kam, waren es zwei Bergarbeiter-Abgeordnete, die sie zu Hause brachten. Zwei Monate später fand

eine kurze parlamentarische Debatte statt über die Frage der Notwendigkeit einer neuen Gesetzgebung für die Gewerkschaften. Der betreffende Antrag wollte noch keineswegs das Parlament verpflichten, ein dem Trades-Unionismus günstiges Recht zu schaffen, dennoch wurde er abgelehnt. Die Arbeiter-Abgeordneten hielten es nicht einmal für wichtig, vollzählig im Parlament zu erscheinen und das Wort zu dieser Frage zu ergreifen. Es wird in England noch viel schlimmer werden müssen, ehe es gut wird. Die alten Arbeiterführer werden eine klassenbewußte Taktik nicht zulassen. Die Sam Woods, Kurt, David Holmes, Vidard u. sind nicht mehr anpassungsfähig. Ihre Taktik entsprang aus Verhältnissen, die rasch im Verschwinden begriffen sind. Aber um zu dieser Einsicht zu gelangen, gehört mehr als gesunder Menschenverstand. Auch auf das Komitee für Arbeitervertretung (Labour Representation Committee), das von dem diesjährigen Trades-Unionkongress das Mandat erhielt, für eine selbständige Arbeitervertretung zu sorgen, ist vorläufig nicht viel Hoffnung zu setzen.

Indes darf der kontinentale Beobachter Englands eines nicht vergessen: die englische Bourgeoisie hat ihre politische Aufgabe, die Niederwerfung des Cäsarismus und der Aristokratie vollständig gelöst. Je ernster und treuer eine soziale Klasse ihre Pflicht thut, desto länger bleibt sie am Ruder. Ja, sie herrscht auch noch unter Verhältnissen, die auf den politischen Aufschwung einer andern, ihr entgegengesetzten Klasse hindeuten. Es war den deutschen Arbeitern viel leichter, sich von den Wassermanns und Richters loszulösen, als den englischen Arbeitern von einem Gladstone, Rosebery, Morley u. die durch ihre hervorragenden Fähigkeiten des Geistes und Charakters jedem imponieren müssen. Fast alles, was die britische Arbeiterklasse an demokratischen Freiheiten und an materiellen Vorteilen genießt, ist von der britischen Bourgeoisie errungen worden. Dank diesen Errungenschaften hat die britische Bourgeoisie eine geistige Gewalt über die Arbeiter gewonnen, die nur der Autorität der katholischen Kirche über ihre Angehörigen gleicht. Dem britischen Arbeiter erscheint der kapitalistische Unternehmer als Herr, dem er sich unwillkürlich unterwirft.

Unter diesen Umständen würde die Konstituierung einer unabhängigen parlamentarischen Arbeiterpartei in England tatsächlich die Revolution bedeuten. Sie würde das letzte Ende der kapitalistischen Herrschaft sein, während auf dem Kontinente die Konstituierung einer sozialistischen Partei mit den Anfang vom Ende bedeutet.

Auch das ungünstige Urteil im Taff-Bale-Prozess, das einer Verurteilung der bisherigen Gewerkschaftsmethoden gleichkommt, wird nicht zur Gründung einer unabhängigen Arbeiterpartei führen. Die nächste politische Etappe Englands ist der Reorganisation der liberalen Partei zu einer socialpolitischen Reformpartei, deren Kern die Gewerkschaften bilden werden. Den Beweis für diese Behauptung dürfen schon die ersten Monate des Jahres 1903 bringen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Januar.

### Die Nichtkündigung der Handelsverträge.

Der 31. Dezember des Jahres 1902, der vielfach in handelspolitischer Hinsicht als kritischer Tag erster Ordnung galt, ist vorübergegangen, ohne daß von Deutschland noch von seiten der andern Mächte, mit denen Tarifverträge abgeschlossen sind, eine Kündigung der Verträge erfolgt ist. Ein Beweis dafür, daß die kürzlich durch die schutzvölkerische Presse laufende Nachricht, es sei bereits ein Einverständnis über die wichtigsten Punkte der zukünftigen Handelsverträge erzielt, keinen andern Zweck verfolgte, als die nach Annahme des Zolltarifs auftauchenden Bedenken, ob es möglich sein werde, mit dem Produkt der Kardorff-Spanischen Rechtsbrüche auch nur halbwegs günstige Handelsverträge abzuschließen, zu beschwichtigen und sie als durch die Thatfachen überholt hinzustellen. Denn wenn wirklich die Hauptpunkte bereits geregelt sind, so ist absolut nicht einzusehen, warum nicht die Handelsverträge von den beteiligten Staaten gekündigt worden, müßte dann doch jeder Staat daran liegen, das Streitobjekt, das seit einigen Jahren die verschiedenen Wirtschaftsparteien zu erbitterten Kämpfen aufstachelte und die auswärtigen politischen Beziehungen erschwert, aus dem Weg zu schaffen. Wie wenig von einem schon vorhandenen Einverständnis gesprochen werden kann, zeigen allein schon die Zweifel, die noch bis vor wenigen Tagen über das Zustandekommen des östreich-ungarischen Ausgleichs obwalteten, der nur mit aller Anstrengung noch just vor Schluß des Jahres unter Dach gebracht werden konnte. Die Nichtkündigung beweist vielmehr, daß bei allen beteiligten Mächten noch Ungevißheit über das, was werden wird, besteht, und man sich deshalb vorläufig damit begnügt, die Dinge an sich heran kommen zu lassen.

Unverständlich ist nur das Verhalten der konservativen Presse. Sie behandelt die Nichtkündigung als eine beinahe selbstverständliche, jedenfalls aber ganz nebensächliche Sache; meist geht sie sogar stillschweigend über die Nichtkündigung hinweg. Und doch hat die konservative Reaktion während der Zollberatungen im Reichstag immer wieder die Forderung erhoben, die Regierung solle noch vor Ablauf der Kündigungsfrist die Tarifverträge kündigen. Ja Graf v. Kautz wollte noch vor wenigen Wochen nicht nur sämtliche Tarifverträge, sondern auch zugleich alle Weisbegünstigungsverträge, soweit nicht für diese eine über den 31. Dezember 1903 hinausgehende Vertragsdauer stipuliert ist, kündigen lassen. Und nun diese außerordentliche Weisheit! Sollen die früher so kühnigstwilligen Herren jetzt, nachdem der Zolltarif mit den niedrigsten Mitteln durchgedrückt ist, plötzlich zu der Ansicht gelangt



In, daß für sie mehr herausbringen wird, wenn man die Regierung vorläufig ruhig machen läßt; oder rechnet man damit, daß die Verträge manche Abstriche von den im neuen Zolltarif niedergelegten agrarischen Wünschen bringen werden und daß ein Bekanntwerden solcher Abstriche vor den Wahlen der Herren bei den Wahlkämpfen in eine heisse Lage zu der Regierung und der Anforderung der durch unheimliche Versprechungen aufgeheizten ländlichen Bevölkerung bringen könnte?

#### Der Ausgleich doch gelungen.

Die Österreichisch-ungarische Ausgleichs- und Ministerkrise, die am Jahreschluss in der Demission der Ministerien ihren Höhepunkt erreicht hatte, ist nun doch glücklich vor Ablauf des alten Jahres gelöst worden. Am 31. Dezember ist es noch zur Verständigung zwischen den Herren Koober und Szell gekommen, nachdem der Kaiser die Demission abgelehnt und den Herren befohlen hatte, eine obermögliche Verständigung zu versuchen. Auf welcher Basis diese Verständigung erfolgt ist, ist freilich in völliges Dunkel gehüllt, ein Dunkel, das auch bis zur Vorlegung des Ausgleichs im Parlament nicht gelichtet werden soll.

Das „Fremdenblatt“ schreibt wenigstens bezüglich des Ausgleichs, man müsse sich vor der Hand mit der allgemeinen, aber auch beruhigenden Auffassung zufriedengeben, daß die Idee der vollständigen und wirtschaftlichen Gemeinschaft der Monarchie sich durchgerungen habe und daß die schwerwiegenden Interessen Österreichs nach jeder Richtung die vollste Wahrung gefunden hätten. Die Einzelheiten des Ausgleichs würden bis zur Vorlegung desselben im Parlament als geheim behandelt. Daraus geht hervor, daß die ausstehenden Einzelangaben der Wähler nicht authentisch seien und zudem in vielen Punkten mit der Wirklichkeit nicht im Einklange ständen.

Unser Wiener Korrespondent hatte sowohl die Ministerkrise als auch die „glückliche“ Lösung derselben in seinen letzten Korrespondenzen vorausgesagt. Es handelte sich ja nur um eine Komödie. Der ungarische Ministerpräsident Szell freilich hat bei einem Neujahrsempfang der Abordnung der liberalen Partei den Mund gehörig voll genommen.

Er sagte: „Ich komme so eben aus der Schlacht; an mir liegt noch der Staub des Kampffeldes. Erst vor wenigen Stunden hat der große Kampf, die große Arbeit den Abschluss gefunden. Es giebt jedoch in diesem Kampfe keinen Sieg und keine Niederlage. Und doch hat es in diesem Kampfe einen Sieger gegeben. Sieger ist der Gedanke geblieben, daß zwei Staaten, die wie Ungarn und Oesterreich durch Gemeinsamkeit des Herrschers und durch unauflösbare Bande verknüpft sind, richtig handeln, wenn sie beieinander sind, auch die wirtschaftliche Gemeinschaft aufrechtzuerhalten, indem sie mit Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Interessen sich verständigen und eine billige Ausgleichung dieser Interessen versuchen.“ Der Ministerpräsident erklärte hierauf, er werde hinsichtlich des Inhalts der mit Oesterreich geschlossenen Uebereinkunft im Reichstage Eröffnungen machen. Er hoffe, die Vollberechtigung werde dem Ausgleich die Anerkennung nicht verweigern. Derselbe sei mit vollständiger Wahrung der Interessen Ungarns und gerechter Berücksichtigung der Interessen Oesterreichs geschlossen worden. Der Ministerpräsident erklärte sodann, er habe getrachtet, den wirtschaftlichen Zuständen des Landes, auf welche die Angelegenheit der langwierigen Verhandlungen schwer gelastet hätte, Stabilität wieder zu geben; falls jedoch ein Uebereinkommen mit Oesterreich auf der Grundlage der Billigkeit nicht möglich gewesen wäre, so sei er entschlossen gewesen, ein getrenntes Zollgebiet zu errichten. Medner schloß, indem er die Partei ermahnte, namentlich im Hinblick auf die großen Aufgaben, die des Parlamentes harren, ihm und seinem Kabinett auch fernerhin Vertrauen und Unterstützung zu gewähren; in diesem Falle könne das Land mit Intelligenz der Zukunft entgegensehen.

### Deutsches Reich.

**Kaiser und Reichstags-Wahlrecht.** Der Berliner Korrespondent der „Königsb. Hartung'schen Zeitung“ teilt eine Aeußerung mit, die angeblich der Kaiser im Jahre 1900 über das Reichstags-Wahlrecht gethan haben soll. Der liberale Korrespondent, der sich so ausgezeichneter Kenntnisse allerhöchster, bisher völlig unbekannter Aeußerungen rühmt, erzählt:

„Als bei Bismarcks Entlassung eine hoch gestellte Persönlichkeit dem Reichstagspräsidenten die Einführung des allgemeinen Stimmrechts vorwarf, summte der Kaiser mit den Worten zu: „Da hat er dem Volke Champagner gereicht, während es der Bouillon bedurfte.“

Und erscheint diese Erzählung nicht recht glaubwürdig; nicht nur wegen der Seltsamkeit des Vergleiches, sondern besonders weil der Kaiser den Ausdruck in der Zeit gethan haben soll, da er seine sociale Vera einfleite und sich die günstigsten Erfolge gegenüber der Socialdemokratie versprach.

Die „Germania“ bemerkt in einer Erwiderung auf die „Vossische Zeitung“ zu derselben Frage des Reichstags-Wahlrechts: „Im übrigen können wir die Vossische Zeitung“ sachlich dahin beruhigen, daß die Centrumsfraktion des deutschen Reichstages ihren Grundsatzen und ihrer großen Tradition getreu niemals die Hand dazu bieten wird, das allgemeine Reichstags-Wahlrecht aufzuheben.“

Vielleicht spricht sich die „Germania“ gelegentlich näher über ihre Stellung zum Reichstags-Wahlrecht aus. Die Erklärung der Nichtaufhebung des allgemeinen Reichstags-Wahlrechtes läßt die Möglichkeit aller möglichen Attentate auf das allgemeine, direkte, geheime und gleiche Wahlrecht offen! —

**Eine Hospredigt gegen die Jöllner.** Sanft Silvester hat diesmal ein Wunder zu Wege gebracht. In seiner Neujahrspredigt hat in Gegenwart des Hofes der Ober-Hosprediger Dr. Dandner den anwesenden Ministern und den Präsidenten des Reichstages und Landtages Ballestrin, Stolberg, Kröcher d. d. ins Gewissen geredet. Er meinte nämlich:

„Durch unser heutiges Leben gehe ein Strom von Bosheit, Trug, Lüge und Heuchelei, dagegen möge mehr und mehr Platz greifen Freundlichkeit des Herzens, aufrichtiges Wohlwollen, christliche Liebe, Lauterkeit und Wahrhaftigkeit.“

Die Reporter berichten nicht, ob die frommen Jöllner nach dieser groben Lektion entrüstet das Lokal verlassen haben! —

**Wie christlich!** Der „Germania“ genügt unsere Antwort zu der neuesten Krupp-Notiz des Essener „General-Anzeiger“ nicht. Sie citiert unsere Antwort also:

„Als die Anklagebehörde das Strafverfahren gegen den „Vorwärts“ wegen Beleidigung Krupps einstellte, erklärten wir, daß damit der persönliche Fall Krupp auch für uns erledigt sei. Wir lassen uns in dieser Absicht auch jetzt nicht durch die wahrheitswidrigen Klatschgeschichten des „General-Anzeiger“ in Essen beirren.“

Dazu sagt sodann die „Germania“: „Damit ist die Meldung bestätigt, daß Herr Gradnauer nichts Befehlendes ermittelte konnte. Der „Vorwärts“ nennt die Mitteilungen des Essener „General-Anzeiger“ zwar „wahrheitswidrige

Klatschgeschichten“, versucht aber nicht das geringste, um nachzuweisen, in welchen Punkten die Darstellung etwa unrichtig wäre, noch auch stellt er den Angaben, die angeblich unrichtig sein sollen, richtige Angaben gegenüber. Sein ganzes Verhalten zeugt nur dafür, daß jene Mitteilungen im wesentlichen richtig sind.“

Damit ist nur bestätigt, daß das Centrumsblatt auch in dieser Angelegenheit ehrlich zu verfahren vorher stande ist.

Die „Germania“ hat zunächst einen Satz unserer Erwiderung unterstrichen, der von entscheidender Bedeutung ist. Wir hatten hinzugefügt:

„Nicht wir haben die Gerichtsverhandlung in der Krupp-Angelegenheit scheuen müssen.“

Es ist klar, daß dieser Satz für jeden, der die Wahrheit erkennen will, genug und alles sagt. Sollte es denn der „Germania“ gänzlich unbekannt sein, warum die Krupp-Krise die Beendigung des Strafverfahrens herbeigeführt haben?

Im übrigen wollen zum besseren Verständnis der „Germania“ noch hinzufügen, daß alles unwahr ist, was der Essener „General-Anzeiger“ über die Ergebnislosigkeit der Reise unfres Redaktionsmitgliedes Dr. Gradnauer sowie was er über eine angebliche, in Wahrheit nie stattgefundene Sitzung der socialdemokratischen Fraktion mitgeteilt hat, in der die Krupp-Angelegenheit behandelt worden sein soll. —

Der Kronprinz will Mitte Januar „einer vor mehreren Wochen ergangenen Einladung Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus folgend“ nach Petersburg reisen. So lautet die „Nordd. Allg. Ztg.“ —

#### Som liberalen Glend.

München, 1. Januar. (Fig. Ver.)

Die zollfreundliche „Augsb. Abendztg.“ löst herbeiwogende Klagen aus, daß die Führer der bayerischen Nationalliberalen den lieben Gott einen guten Mann sein lassen und unthätig zusehen, wie die andere Parteien für die Reichstagswahlen mobilisieren. Und doch hätten die Liberalen alle Kräfte, diesmal zeitig ans Werk zu gehen und vor allem anstrengend zu wirken. „Denn man mag über die Haltung der Nationalliberalen bei dieser Gelegenheit (im Reichstag) noch so günstig urteilen, einige Bedenken werden doch bestehen bleiben, die wir nicht streifen werden. Wir erinnern doch an den Wortlaut der so viel verherrlichten Eisenach-Resolution und an die Aeußerung Bismarcks in Eisenach, der Reichstagslangler und die im Bundesrat vertretenen Minister könnten sich, wenn sie ihr Wort, daß sie, um noch zu brauchbaren Verträgen zu gelangen, über die vorgeschlagenen Mindestsätze unter keinen Umständen gehen können, nicht halten, gar nicht mehr auf der Strafe sehen lassen. In dieser und in mancher anderen Angelegenheit wünscht der im Lande lebende Nationalliberal dringend Ausrufung, er will auch wissen, wie er sich den linksstehenden Liberalen und den sich rechts an ihn anschließenden Agrariern gegenüber zu verhalten hat.“

Das Blatt kommt schließlich zu dem Schluß, mancher treue Anhänger der nationalliberalen Partei habe durch die Vorgänge der letzten Wochen an den Grundätzen der Partei zu zweifeln begonnen und man müsse sorgen, daß diese Zweifel nicht vergrößert, sondern möglichst bald beseitigt werden. Wie das aber zu machen ist, wird freilich nicht gesagt. Es wird sich wohl auch schwer thun lassen, wenn man nur einigermaßen denkbaren Menschen beweisen will, daß die Beteiligung an dem Treiben der Jöllnerbanden auch nur mit den bescheidensten liberalen Grundsatzen in Einklang zu bringen ist. —

#### Die Centrumpresse unter sich.

Ein Teil der Centrumpresse, allen voran die „Germania“, haben den Ausruf der socialdemokratischen Fraktion in ihrer bekannten Weise bestritten und besonders viel über socialdemokratische Ausbeutung, Strebertum in der socialdemokratischen Partei, Drängen nach der Futtertrippe usw. erzählt. Diese Behandlung des Ausrufs gefüllt einem kleinen Teil der Centrumpresse nicht, dem Teil, welcher seine Abonnenten fast ausschließlich in katholischen Arbeiterkreisen hat, denen die Organisation nicht ganz fremd mehr ist. Besonders ist es die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Organ des katholischen Arbeiterssekretärs Giesberts, welche mit dem Artikel der „Germania“ nicht einverstanden ist. Sie nennt die Ausführungen eine Entgleisung, welche ganz besonders in dieser ersten Zeit nicht angebracht sei, und man sollte nur wünschen, daß man in der Centrumpartei nicht so manche schöne Gelegenheit, die breiten Massen der Centrumsähler für die Sache der Partei zu interessieren, vorübergehen lasse. Weiter heißt es dann:

„Vollständig deplaciert ist es aber, die Parteibeiträge der Socialdemokratie und die Futtertrippe als Schwerepfeiler aufzumarschieren zu lassen in einem Zeitpunkt, wo die Centrumpartei vor einem der schwersten Wahlkämpfe steht, der jedenfalls außerordentliche Mittel erfordert dürfte. Wir haben zwar keine Ursache, die Socialdemokratie in Schutz zu nehmen, denn keine Partei behandelt uns so niederträchtig und infam wie diese Partei, aber der Objektivität halber müssen wir anerkennen: Wir wünschen, daß man sich an der Opferwilligkeit der socialdemokratischen Arbeiter für ihre Partei ein Beispiel nehme. Ob in der socialdemokratischen Partei mehr Streber sind als in anderen Parteien, können wir nicht beurteilen, da kein Material dafür vorliegt. Wir haben aber den Eindruck, daß die socialdemokratischen Arbeiter von ihren „bezahlten“ Führern ein reichliches Maß von geistiger und agitatorischer Arbeit fordern, und daß diese auch wohl meistens geleistet wird. Schließlich aber ist es Sache der socialdemokratischen Arbeiter, zuzusehen, wie ihre Agitationsgrößen verwendet werden.“

Unser eigene Sache wird aber durch Artikel, wie sie die „Germania“ bringt, nicht sonderlich gefördert werden. Innerhalb der Centrumpartei mehren sich ständig die Klagen über den Mangel an Mitteln, um eine umfangreiche Agitation gegen die gegnerischen Parteien zu entfalten. Die Anstellung von Sekretären, auch nur für große Landestheile, ist aus dem nämlichen Grunde unterblieben. Infolge dessen werden oft die besten Gelegenheiten und die erfolgreichsten Mittel für die Agitation unbenutzt gelassen. In Centrumskreisen ist man sich längst klar, daß hier eine Besserung eintreten muß, soll nicht eine Position nach der andern dem Gegner überlassen werden, und soll nicht schon die nächste Wahl wertvolle Ueberwinnungen für uns bringen, so ist es notwendig, daß ungestört die Agitation auf der ganzen Linie vorbereitet wird. Dann werden wir aber in die Lage kommen, das zu thun, was die „Germania“ bei den Socialdemokraten verurteilt und von unsren Parteianhängern Beiträge erbitten müssen und dann — werden uns unsere Speicher entgegenhalten: Aber das thut doch nur die Socialdemokraten. Sollen wir nun auch Futtertruppen schaffen für politische Streber und Agitatoren? Man soll also mit solchen Angriffen etwas vorsichtiger sein.“

Die große Mehrzahl der Centrumpresse wird ihr jämmerliches Treiben trotz dieser Ausführungen fortsetzen, weil sie an die niedrigsten Instinkte und die niedrigste Intelligenz appelliert. —

**Das beleidigte Plakat.** Bürgerliche Blätter berichten: Wegen Nichtachtung der Posener Kaiserrede ist der 2-jährige Besitzersohn Albert Lutzat aus Strießen (Kreis Poggendorf) vom Schöffengericht zu 150 M. Geldstrafe eventuell 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden. In einem dortigen Hause war ein Plakat befestigt, welches die bekannte im Posener Ständehaus gegebene Rede des Kaisers enthielt. So oft Lutzat an dem betreffenden Hause vorüberfuhr, pflegte er mit der Peitsche nach dem Plakat zu schlagen, um dasselbe zu beschädigen. Da ihm dies nur teilweise gelang, so verließ er eines Tages den Wagen, trat dicht an das Plakat heran und schlug es mit der Peitsche durch. Der Amtsanwalt hatte gegen den noch unbestraften Angeklagten eine Geldstrafe von 30 M. beantragt; das Gericht ging jedoch über diesen Antrag weit hinaus, da eine grobe Verachtung der vom Kaiser gesprochenen Worte in der mit vollster Absicht ausgeführten Beschädigung des Plakates vorlag.

Die Mitteilung erscheint uns völlig ungläubhaft. Nicht der Thatfache der Verurteilung selbst wegen — in der Beziehung halten wir alles für möglich —, sondern wegen des angegebenen Straf-

maßes. Wir kennen nämlich keinen Paragraphen des Strafgesetzbuchs, demzufolge eine derartige Verurteilung möglich wäre. Grobe-Insult-Paragraph, mit dem ja sonst so viel Unheil verübt werden pflegt, kennt nämlich keine Gefängnisstrafe, welchen Paragraphen man aber sonst das furchtbare Verbrechen hätte unterbringen können, ist uns absolut rätselhaft. Eine Strafbescheidung des kostbaren Plakates hätte man doch nur 100 M. beziffern können. —

#### Som Marine-Kriegsgericht unschuldig verurteilt.

Das Kriegsgericht in Köln hat dieser Tage den Feuerwerk-Vertholb Ghele, der zur Degradation und andern 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden war und von der Strafe schon zehn Monate abgefessen hat, im Wieder-aufnahme-Verfahren freigesprochen. Im Herbst 1901 fand der Offizier des an der chinesischen Küste liegenden Kriegsschiffs „Zenta“ Kapitänleutnant Scheidt, auf dem Tisch seiner Kabine einen anonymen Brief, worin ihm angedroht war: wenn er fortfuhr, die Leute bis aufs Blut zu quälen, werde er etwas erleben und es ihm schlecht gehen. Der Verdacht der Urheberchaft fiel auf Ghele, der an dem nämlichen Tage von dem Kapitänleutnant in eine Disziplinarstrafe genommen worden war. Ghele wurde verhaftet, nach Wilhelmshafen gebracht und vor das Marine-Kriegsgericht gestellt. Ghele bestritt die Urheberchaft. Das Gericht verurteilte ihn lediglich auf Grund der Gutachten zweier Gerichtsschreiber (1) eines benachbarten Oberlandesgerichts wegen Verdrehung zu anderthalb Jahren und zur Degradation. Ghele legte Berufung an das Marine-Oberkriegsgericht ein und verlangte lat. Zuziehung anderer Sachverständiger. Das Gericht verwarf aber die Berufung. Nun beantragte Ghele die Revision beim Reichs-Militärgericht, aber erfolglos, weil die Revision nicht festgesetzt begründet wurde. Er mußte seine Strafe antreten, beantragte aber vom Festungsgeschäftlings-Kingensdorf bei Köln aus die Wiederaufnahme des Verfahrens, der das Reichs-Militärgericht, nachdem es ein Gutachten des Schultze a. D. Dr. Grabow zu Berlin-Wilmersdorf eingeholt hatte, stattgab. Dieser und der Handelslehrer Walter in Köln stellten vor dem Kriegsgericht in Köln fest, daß Ghele unmöglich der Schreiber des Briefes sein könne; die Schrift des Verurteilten und die des Drohbrieves wiesen so viele Unterschiede auf, daß schon der Laie sagen könne, sie nicht von der nämlichen Hand herrührten. Die beiden Gerichtsschreiber mußten zugeben, daß verschiedene Unterschiede in beiden Schriften seien. Ferner wurde festgestellt, daß die beiden Herren eine wissenschaftliche Ausbildung in Graphologie nicht haben. Es ist ungläubig, daß das Marine-Kriegsgericht auf die Gutachten solcher „Sachverständigen“ hin dem unglücklichen Feuerwerklermann verurteilte. Das Kölner Kriegsgericht sprach ihn auf Grund der Gutachten der Herren Dr. Grabow und Walter frei. —

#### Ueber das Kettlersche Denkmal

meldet das Kettlersche Bureau aus Belling: Das Denkmal für den ermordeten deutschen Gesandten Herrn v. Kettler ist vollendet und soll am 18. Januar eingeweiht werden. An der Feierlichkeit werden deutsche und chinesische Beamte teilnehmen. Die deutsche Gesandtschaft hatte vorgeschlagen, die Einweihung am Geburtstag des deutschen Kaisers stattfinden zu lassen, China hatte aber den Entschluß erfaßt, daß die Einweihungsfeier an diesem Tage mit der Feier des chinesischen Neujahrstages zusammenfallen würde. Die Einweihung wurde deshalb auf den 18. Januar festgesetzt. Das Denkmal befindet sich in einem imposanten weissen Bogen, der sich an die Hauptgeschäftstraße an dem Punkte befindet, an dem der Gesandte ermordet wurde; in den Bogen führen inschriftliche in deutscher, lateinischer und russischer Sprache eingemeißelt.

Das Kettler-Gedächtnisdenkmal im Triumphbogen-Stil entspricht ganz der ebenso dekorativen wie sinnlichen auswärtigen Politik Deutschlands. Wie glänzend der Triumph der Kettlermächte war, beweist ja die Thatfache, daß die Hauptführer der Bogerbewegung, der Kettler von Deutschland in der bekannten „unwiderstehlichen“ Forderung verlangt wurden, mit deren lebenslänglicher Verbannung und Inhaftierung man sich aber trotz des „unwiderstehlichen“ Charakters begnügte, die Herren Tung-fuh-jiang und Tuan, gerade jetzt wieder eine starke Heeresmacht um sich gesammelt haben, um eine spätere gründliche Abrechnung mit den Chinamächten vorzubereiten. Aber auch davon abgesehen: Der imposante Triumphbogen mit — den Buchstaben muß der Belling Bevölkerung weniger eine Warnungstafel als vielmehr eine tägliche, brennende Erinnerung an die durch die Kettlermächte erlittene Erniedrigung sein! —

### Ausland.

#### Marokko.

Die Lage des Sultans hat sich noch nicht gebessert, wenn auch bisher kein Angriff auf Fez erfolgt ist. Nach Meldungen aus Tanger vom Donnerstagabend lagert der Prätendent gegenwärtig auf dem Gebiete von Dihand, von wo er Briefe an die benachbarten Stämme sandte, um sie für sich zu gewinnen. Die Kaiserin von Fez werden jetzt mit Gesandten versehen. Von den Aufständischen ist bisher kein Vorstoß auf die Stadt gemacht worden; sie scheinen nicht geneigt, obwohl sie über genügende Streitkräfte verfügen, auf mehrere Tage ihre Dörfer zu verlassen und sich im Felde zu verproviantieren. In der Stadt Fez herrscht nach wie vor Ruhe, aber der hohe Preis der Lebensmittel erhöht die Unzufriedenheit der Bevölkerung.

Nach einer „Loffan“-Meldung soll der Sultan in dieser bedrängten Lage seine bisherige Fremdenfreundlichkeit feierlich abgeschrieben haben. Die Nachricht besagt:

Der Sultan Abdul Aziz hat nach einer Meldung des „Morning Leader“ die Rotabehn und die Scherife von Fez von neuem zu sich geladen und ihnen versichert, sein einziges Streben sei die Aufrechterhaltung des Islams. Wenn er sie durch seine europäerfreundliche Reizung verletzt hätte, so würde er das nicht mehr thun. Er wolle alle seine Beziehungen zu Christen abbrechen und seine Irrtümer abschwören. Als sofortige Folge dieser Ansprache erwarte man die Entlassung aller europäischen Beamten und die Rückkehr zu einer scharf rückschrittlichen Politik. Die Lage des Sultans sei immer noch äußerst gefährlich. Die Stadt Fez sei voll von Unzufriedenen, die nur auf die Ankunft des Thronforderers Bu Hamara warten, um sich ihm anzuschließen. Als schreckliches Zeichen seiner Annäherung habe Bu Hamara eine Anzahl eingefangener Köpfe von gefallenen Soldaten des Sultans nach Fez geschickt.

Frankreich und Spanien fahren indes in ihren Rüstungen fort. Wie in Paris halbamtlich verlautet, verstärkte die Regierung wegen der Vorgänge in Marokko die Garnisonen an der algerisch-marokkanischen Grenze, um das Eindringen von marokkanischen Banden in Algerien zu verhindern. Der in Oran befindliche Kreuzer „Du Chanla“ hält sich bereit, befalls Schutzes der französischen Bewohner gegebenenfalls nach Tanger abzugehen. Ferner hält sich nach einem Telegramm aus Toulon ein aus den Minenschiffen „Saint Louis“, „Charentagne“ und „Gaulois“



den Kreuzern „Chang“ und „Linois“ bestehendes Geschwader ...

Ueber die obligaten Neujahrsempfänge

Im Ausland ist wenig zu berichten. In Oesterreich und Italien ...

Loubet dankte für die dargebrachten Wünsche und für die ...

Aus Anlaß des Neujahrstages übersandte der russische ...

England.

Die indische Krönungsfeier, die volle 14 Tage dauern wird, hat ...

Unter größter Prachtentfaltung ist die Krönung des ...

Niederlande.

Das Wahlgesez zu den Staten-Generaal, dem holländischen ...

Türkei.

Türkisch-macedonischer Zusammenstoß. Aus Konstantinopel wird ...

Asien.

Tungfuhangs Küstungen.

Auf Ansuchen der fremden Gesandtschaften hat das belgische ...

Die in Frage gestellte chinesische Kriegsentfädigung. Ueber die ...

amerikanische Politik ist das hauptsächlichste Hindernis, ...

Afrika.

Englisch-abessinische Kooperation gegen den Mullah. Das ...

Venezuela.

Castros Bedingungen.

Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus Washington: ...

America bezeichnet also die Bedingung Castros zwar als ...

Nehmen sich die Mächte die Zeit, bevor sie eine Nachricht durch ...

Wie dem „Neuerlichen Bureau“ aus Caracas vom Donnerstag ...

Der Stand der Aufstandsbewegung

läßt sich schlecht übersehen, da darüber einander völlig wider ...

Weitere Angriffe gegen Deutschland.

Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus New York gemeldet wird, ...

Die „Frankfurter Zeitung“ meint, daß das genannte Blatt in ...

Auch in England läßt die Presse nach wie vor eine äußerst ...

Das Gebot ist der vorläufige Ausdruck dessen, was die Eng ...

Unter gewöhnlichen Verhältnissen würden auch wir der An ...

Partei-Nachrichten.

Das Agitationskomitee für den niederrheinischen Bezirk berichtet ...

Der schlesische Provinzialparteitag wird für den 1. Februar nach ...

Partei-Prese. Das halleische „Volkblatt“ verzeichnet für ...

Die tschechische Sozialdemokratie in den Gemeinden. Auf dem ...

Socialdemokratie in den Gemeinden. Seit interessantem Referat ...

Daraus ist ersichtlich, daß für unsere tschechischen Genossen vor ...

Ueber die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Argentinien ver ...

Neben sozialistischen und anarchistischen Zeitungen wurden nun ...

Mit der Errichtung von Volkshäusern ging nebenher die ...

Ein Verleumdungsprozeß. Vor dem Schöffengericht in Strau ...

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Verleumdungsprozeß. Vor dem Schöffengericht in Strau ...

Aus Industrie und Handel.

Stahltrug-Experimente. Nach telegraphischer Meldung der ...

Die Wallstreet-Deute, von denen oben die Rede ist, dürften mit ...

Arbeitslohn-Verabredungen in Krefeld. Für einen Teil der in ...

Der Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten will, wie die ...



gezeichnete Rolle im neuen deutschen Tarif nicht im richtigen Verhältnis zu den Zöllen für Guß- und Walzisen sowie anderer Halbfabrikate stehen. Der Verein erwarte daher, daß diesem Umstande bei den Vertragsverhandlungen mit auswärtigen Staaten Rechnung getragen werde. Auch sei darauf hinzuweisen, daß diese andern Staaten Maschinenzölle von einer außerordentlichen Höhe erheben, und daß auf deren Herabsetzung im Interesse der deutschen Ausfuhr hinzuwirken, eine wesentliche Aufgabe der Unterhändler bei den Handelsvertragsverhandlungen sein müsse.

Mit andern Worten, der Reichszolltarif soll darauf hinarbeiten, daß bei den Vertragsverhandlungen die hohen Maschinenzölle des deutschen Zolltarifs recht wenig ermäßigt werden, die fremden Zölle aber als Gegenleistung für die enormen deutschen Zollerhöhungen ihre Maschinenzölle beträchtlich herabsetzen. Nicht charakteristisch für die Gedankenswelt unserer Hochschützlinge!

Ueber die Lage des oberdeutschen Eisenmarktes, die sich seit einigen Wochen wesentlich günstiger gestaltet hat, weiß die „Schief. Zig.“ zu berichten:

Im Vergleich zu der vorjährigen Parallelzeit ist der Beschäftigungsgrad der einzelnen Walzwerksbetriebe heute wesentlich günstiger als damals, wo die Zurückhaltung in der Spezifikationserteilung meistens dazu führte, die Feiertagspause in den Werken über das normale Maß auszudehnen, während jetzt denselben genügend Aufträge zur prompten Effektivierung vorliegen. Die Lager sind allseitig gelichtet und der Bedarf der Händler und Konsumenten muß somit unmittelbar von den Betriebsstätten selbst gedeckt werden. Auch die Großhändler gehen wieder daran, ihre Lager zu assortieren, so daß aus den tieferen Werken ein befriedigender gleichmäßiger Beschäftigungsstand zu Teil wird. . . . Die reichlicher eingehenden Bestellungen haben namentlich den Feinisen- und Ritzelisen-Walzwerke zu erwartigen flotten Abladungen Gelegenheit geboten, daß die Lagerbestände auf den Walzwerken nunmehr beträchtliche Minderungen erlitten und die Werke noch einen großen Teil der Ordnung zur Realisierung buchen konnten, so daß stellenweise schon vierwöchentliche Bestellungen gefordert werden.

Erhöhung der Drahtstiftpreise in Berlin. Nachdem das Drahtstiftgeschäft heute die Preise erhöht hat, sind auch die Berliner Großhändler, die erst vor einigen Tagen die Drahtstiftpreise um 25 Pf. pro 100 Kilogramm erhöht haben, mit einer abermaligen Preiserhöhung vorgegangen, und zwar wiederum um 25 Pf., so daß gegenüber den Preisen des Novembers und Dezembers die Erhöhung sich auf 50 Pf. stellt.

Ein Brauereiergänzung in Kopenhagen. Zwischen der Aktien-Gesellschaft „De forenede Bryggerier“ und den beiden Brauereien „Gamle Karlsberg“ und „Ny Karlsberg“, die Eigentum des Karlsbergfonds sind, ist ein Uebereinkommen zu Stande gekommen, das den Zweck hat, „alle ungenutzte gegenseitige Konkurrenz auszuschließen“, und bis zum Ende des Jahres 2000 in Kraft bleiben soll. Das ist der größte Schritt, der bisher in Dänemark gebildet wurde. Wahrscheinlich wird es in einigen Jahren zu einem Anlauf der beiden Karlsberg-Brauereien durch „De forenede Bryggerier“ kommen. Für diesen Fall ist bereits die Bestimmung getroffen worden, daß der Eigentümer der Karlsbergfonds, nicht mehr als das Zehnfache des durchschnittlichen Jahresgewinns der 3 letzten Jahre vor dem Verkauf erhalten soll. Der Karlsbergfond ist eine Stiftung für Wissenschaft und Kunst. Ob sich jenes Uebereinkommen und der geplante Verkauf mit dem Testament des ersten Stifteres, des Begründers der alten Karlsberg-Brauerei vereinbaren läßt, erscheint fraglich.

„Mein Wunder“, schreibt „Socialdemokraten“, „daß die Brauereialien in der letzten Zeit gewaltig gestiegen sind — sie stehen um 13 Prozent höher als im Vorjahr, auf 120 gegen 107. Das ist der Verdienst an dem beabsichtigten Kauf der Karlsberg-Brauereien, den die Kapitalisten bereits in diesen Tagen disponieren. Wissenschaft und Kunst können an dieser Kurzerhebung ihren Verlust besaufen.“

Die einzige Brauerei außerhalb des Ringes ist die von der „Zweckvereins-Gesellschaft“ gegründete Brauerei „Ejernen“. Diese allein kann einer Vergrößerung des Ringes auf Erhöhung der Bierpreise entgegenwirken.

## Das sächsische Hofgericht.

Kronprinzessin Luise von Sachsen hat ihren Anwalt Sachse mit der Abfassung eines Memorandums beauftragt, worin ihre Lage am Dresdener Hofe und die Verhältnisse ihrer Zukunft geschildert werden sollen. Die Kronprinzessin will damit offenbar der endlosen Flut unwohler Nachrichten, die über sie verbreitet werden, Einhalt gebieten.

### Eine weitere Unterredung mit der Kronprinzessin.

Die Pariser Ausgabe des „Nets Post Herald“ bringt eine Unterredung ihres Korrespondenten mit der Kronprinzessin Luise, die in Gegenwart Giron's stattgefunden hat. Die Kronprinzessin bemerkte zunächst, sie habe außer Herrn Richter von der „Chemnitzer Allgemeinen Zeitung“ keinen Journalisten empfangen. Die im „Matin“ ihr zugesandten Anfragen seien Erfindungen. Sie mache eine Ausnahme mit dem „Herald“ und wolle sprechen; sonst ließe sie nicht, in die Öffentlichkeit zu treten.

Die Kronprinzessin äußerte sich wie folgt: „Ich habe meinen Entschluß reiflich überlegt. Wenn ich wieder anfangen sollte, ich würde nicht anders handeln. Ich bin glücklich und zufrieden mit dem, was ich gethan.“

„Wie rechtfertigen Sie“ — fragte der Berichterstatter — „Ihren Mann und Ihre Kinder verlassen zu haben?“

Die Kronprinzessin: „Wir Prinzessinnen sind die Opfer der Konventionen. Man verheiratet uns ohne unsere Zustimmung. Ich war großjährig, das ist wahr. Aber gegen mein Gefühl wich ich dem Wunsch meiner Eltern, welche schuldhaft wünschten, daß ich eine Ehe schließe, durch welche ich Königin werden sollte. Mein Mann und ich hatten grundverschiedene Charaktere. Er hatte die Startheit des Soldaten, welche das Gefühl nicht betriebligt. Ueberdies zeichnet der Hof von Sachsen sich durch übertriebenen Katholicismus aus.“

„Sie sind selbst Katholikin?“

Die Kronprinzessin: „Ja wohl, aber ich habe sehr freisinnige Ideen. Ah! Er war nicht heiter, dieser Hof von Sachsen.“

„Aber Sie selbst, Prinzessin?“

Die Kronprinzessin (lächelnd): „Ah, ich bin Desirechica, das ist eine andre Sache. Stellen Sie sich vor, ich hätte nicht das Recht, eine eigene Meinung zu haben, nicht über die Erziehung meiner Kinder zu entscheiden. Zwischen meinem Mann und mir bestand keine Sympathie. Ich bin Idealistin und zitterte bei dem Gedanken, einem Manne begegnen zu können, in welchen ich mich zu verlieben vermöchte. Welches elende Leben, dieses Hofleben!“ fügte die Kronprinzessin bei, indem sie zu zittern setzte. „Ich habe alles geliebt, um es zu ertragen, meinen Kindern zuliebe, welche ich anbete, für unser Volk, daß ich innig liebe. Als ich sah, daß ich Giron liebte, war ich entsetzt bei dem Gedanken: der Kronprinz ohne Gattin, meine Kinder ohne Mutter, mein Volk stambulisiert. Aber wirklich (in Thränen ausbrechend): ich konnte es nicht mehr ertragen, ich konnte nicht.“

„Sie sind zur Scheidung entschlossen?“

Die Kronprinzessin: „Ja, aber mein Mann ist eifriger Katholik. Er wird niemals zustimmen. Er selbst wird nicht wieder heiraten. Die Umstände, unter welchen ich mit Giron liebt, sind allerdings peinlich. Wir wollen gern unsere Situation reguulieren, natürlich durch eine Heirat, sowie die gesetzlichen Umstände es erlauben.“

„War Ihre Flucht vorbereitet, vorher überlegt?“

Die Kronprinzessin: „Sie wurde vielmehr entschieden durch ein Zusammenreffen von Umständen, welche jede andre Alternative unmöglich erscheinen ließen. Aber es ist absolut falsch, daß die Familie Giron sich eingemengt habe.“ Auf die Frage des Berichterstatters, ob es wahr sei, daß Erzherzog Leopold Ferdinand den Kronprinzen verurteilt habe, erwiderte Kronprinzessin Luise:

lachend: „Mein Bruder und mein Gatte waren sehr gut miteinander. Mein Mann ist auf der Jagd gestürzt, wobei er eine Verletzung erlitt.“

Die Kronprinzessin und Giron äußerten dann ihren Unmut über die Ansammlung deutscher und österreichischer Polizeisten in Genf. Das ganze Hotel ist mit Detektivs besetzt, welche uns auf Schritt und Tritt verfolgen oder unser Fenster unausgeseht im Auge behalten“, sagte Giron, und die Kronprinzessin stimmte diesen ärgerlichen Bemerkungen zu. Beide schienen zu fürchten, daß der sächsische Hof irgend einen Vorwand suche, um die Verhaftung Giron's und seine Auslieferung zu verlangen und auf diese Weise die Prinzessin zu isolieren.

## Sociales.

Das Wahlrecht zum Gewerbegericht, dieser erste Schritt zu einer vollständigen Rechtspflege, erscheint der „Kölnischen Zeitung“ reif als Angriffsobjekt. Die in der letzten Zeit vorgenommenen Wahlen zu den Gewerbegerichten haben meist mit dem Siege der Kandidaten der freien Gewerkschaften geendet und das Gefühl der „Kölnischen Zeitung“ nicht. Sie stellt deshalb die Behauptung auf, daß „von den breiten Massen“ nur diejenigen Kandidaten gewählt werden, „welche auch für die Rechtsprechung rücksichtslos die Vertretung von angehenden Arbeiter-Partei-Interessen auf ihre Fahne schreiben“. Natürlich macht die „Kölnische“ nicht einmal den Versuch, diese verkehrte Behauptung zu beweisen. Und sie ist auch gar nicht in der Lage, sie zu beweisen. Niemand haben Kandidaten der freien Gewerkschaften den Wählern vorgetragen, als Gewerberichter ihre Arbeiter-Partei-Interessen rücksichtslos zu vertreten und niemals haben sie als Gewerberichter so gehandelt. Es wäre auch ein solches Verfahren nicht nur unmoralisch, sondern auch ungeschicklich und strafbar. Gewerberichter unterliegen genau wie jeder andre Richter, Geschworne oder Schöffe den Vorschriften der Strafgesetze und sind verpflichtet, nur nach Recht und Gesetz und nach bestem Wissen ohne Ansehen der Person Recht zu sprechen. Andersfalls verfallen sie schwerer Strafe. Sie unterliegen ferner der dienstlichen Aufsicht der Landgerichte und können, abgesehen von ungeschicklichen Handlungen, aus ihrem Amte entfernt werden, wenn sie ihre Amtspflicht verletzen. Die Vorsitzenden der Gewerbegerichte sowie die Unternehmer-Beisitzer würden nicht säumen, in einem solchen Falle bei dem geringsten Anlasse die erforderliche Sühne herbeizuführen. Noch niemals, solange die Gewerbegerichte bestehen, ist ein Fall zur öffentlichen Kenntnis gelangt, daß ein Vertreter der freien Gewerkschaften als Gewerberichter wegen Verletzung der Gesetze oder seiner Amtspflichten in Strafe genommen oder seines Amtes entsetzt worden wäre. Dagegen haben sich die berufensten Kenner und Praktiker der gewerbegerichtlichen Rechtsprechung oft genug in der anerkanntesten Weise über die Sachkenntnis und die strenge Objektivität der Arbeiterbeisitzer ausgesprochen.

Was die „Kölnische Zeitung“ behauptet, ist nichts wie eine aus den Fingern gezogene Unwahrheit. Was würde wohl die „Kölnische Zeitung“ für ein Geschrei erheben, wenn wir über Richter aus dem Bürgerum behaupteten, daß sie die rücksichtslose Vertretung von Bourgeois-Partei-Interessen auf ihre Fahne schreiben? Und was würde einem socialdemokratischen Blatte passieren, das eine solche Behauptung in Beziehung auf einen bestimmten Fall aufstellte?

Haben bei der „Kölnischen Zeitung“ bloß Richter aus dem Bürgerum eine Ehre, Arbeiterrichter aber keine?

Für die Heranziehung von Arbeitern zum Gewerbe-Aufsichtsdienst tritt der heftige Gewerbe-Inspektor Büchel in Offenbach in einem Aufsatze in der „Socialen Praxis“ ein. Er bezieht sich dabei vor allem auf das künftige Kinderarbeits-Gesetz, dessen Beachtung der Kontrolle der Gewerbe-Aufsichtsbeamten unterliegen soll. Zur Begründung führt er an, daß die Beamten zur Erledigung der neuen Aufgabe der Mitwirkung der Ärzte und der Lehrer bedürfen werden und daß auch die Mitwirkung der Arbeiter nicht zu entbehren sein werde, weil gerade der Arbeiter am geeignetsten sein dürfte, die Verhältnisse der Leute zu beurteilen, die zumeist als Beschäftigter der Schulkinder in Frage kommen. Er schließt seinen Aufsatz mit den Worten:

„Auch die Gewerbe-Aufsichtsbeamten, denen die Aufsicht über die Handhabung der Gesetze nunmehr zusteht, werden keine Weinträgigkeit ihrer Stellung durch die Heranziehung von Arbeitern erfahren. Die Mitarbeit des gewesenen Arbeitnehmers dürfte vielmehr zur wesentlichen Erhöhung ihrer Erkenntnis der gesellschaftlichen Verhältnisse führen, ohne welche eine erzieherische Thätigkeit ohnehin kaum denkbar ist.“

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Au die Agitationsleiter und Gewerkschaften sämtlicher Gewerkschaften der Provinz Brandenburg.

Am Sonntag, den 4. Januar, findet in Berlin, Gewerkschaftshaus, Engel-Wer 15 Saal 6, vormittags 10 $\frac{1}{2}$  Uhr, eine Konferenz statt. Zweck derselben ist, durch gemeinsame Aussprache zu ermöglichen, zwischen den einzelnen in der Provinz Brandenburg vorhandenen Gewerkschaften behufs gegenseitiger Unterstützung bei der Agitation nähere Bindung zu bekommen.

Das Referat hat Genosse Robert Ahrens übernommen.

Im Interesse der gewerkschaftlichen Agitation liegt es, daß jede Organisation durch Delegierte auf dieser Konferenz vertreten ist.

J. A.: Franz Eulke, Engel-Wer 15.

Achtung, Brauer! Am nächsten Sonntag, mittags 1 Uhr, finden im neuen Arbeitsnachweis-Gebäude die Wahlen der Arbeitnehmer zum Kuratorium des Min-Arbeitsnachweises statt. Kollegen, erscheint alle zur Wahl und stimmt für unsere Kandidaten Träger und Gehör und deren Erghämänner.

Gingang zum Wahllokal Rüdigerstr. 6. Stimmzettel werden im Lokal von Fr. Wille, Rüdiger- und Linienstrassen-Ecke sowie vor dem Wahllokal ausgegeben.

Die Agitationskommission, Sektion I.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ und der Streik bei Erich u. Gräy.

In ihrer Nummer vom 28. Dezember schrieb die „Arbeitgeber-Zeitung“:

„In der Lampenfabrik von Erich u. Gräy in Treptow legten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen einer Abteilung die Arbeit nieder, weil drei ihrer Genossen entlassen wurden, trotzdem sie selbst zugestanden, daß die Entlassungen rechtmäßig erfolgt seien. Da sie sahen, daß die Firma nicht gewillt war, sich ihren Forderungen zu fügen, erklärten sie sich bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Firma lehnte es jedoch ab, solche Arbeitnehmer wieder einzustellen, welche ohne jeden Grund ihre Arbeit verlassen.“

Hierzu hat die Zeitung des Metallarbeiter-Verbandes in Nr. 308 des „Vorwärts“ bemerkt, die „Arbeitgeber-Zeitung“ habe eine objektive Unwahrheit berichtet, denn die Arbeiter der Firma Erich u. Gräy hätten nicht die Arbeit niedergelegt, sondern sie seien entlassen, aber dann wieder eingestellt worden bis auf drei, die auf Wiedereinstellung verzichteten.

Mit Bezug auf diese Darstellung des Metallarbeiter-Verbandes sendet uns die „Arbeitgeber-Zeitung“ eine Zuschrift, in der sie befreit, daß sie die Angelegenheit bei Erich u. Gräy unrichtig berichtet habe. Die Zuschrift stellt den Sachverhalt folgendermaßen dar:

„Es wurden drei Arbeiter ordnungsgemäß entlassen, worauf sämtliche in diesem Betriebe beschäftigten Arbeiter und

Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegten und das Verlangen stellten, diese drei Arbeiter wieder einzustellen. Die Firma Erich u. Gräy, Treptow, lehnte diese Forderung ab und berief zu weiteren Verhandlungen den Geschäftsführer der Vereinigung Berliner Metallwaren-Fabrikanten, Herrn Kasse. Es wurde mit Delegierten sämtlicher Abteilungen, welche die Entlassung der drei Arbeiter als berechtigt anerkannten, das Uebereinkommen getroffen, daß die drei entlassenen Arbeiter unter keinen Umständen wieder eingestellt würden. Ebenso lehnte es die Firma principiell ab, die grundlos in den Ausnahmestunden Arbeiter wieder aufzunehmen. Sie behielt sich nur vor, nach eigenem Ermessen diesen oder jenen Arbeiter wieder einzustellen.“

Die Vertretung des Metallarbeiter-Verbandes bezeichnet auch die vorstehenden Angaben als unrichtig und stellt den Sachverhalt so dar:

Am Sonnabend, den 20. Dezember, wurden drei Schmittarbeiter bei der Firma vorstellig wegen Zurücknahme eines Lohnabzugs, Herr Gräy entließ diese und deshalb legten gleichzeitig noch fünf andre Kollegen die Arbeit nieder. Darauf entließ Herr Gräy noch an demselben Tage 23 Arbeiterinnen, und zwar, wie aus seinen Äußerungen geschlossen werden muß, weil sie Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind. Am Montag, den 22. Dezember, traten wieder sieben Arbeiter an den Tisch heran mit dem Verlangen, daß er die Entlassenen wieder einstelle. Das geschah nicht, und deshalb legten auch diese Sieben die Arbeit nieder. Nachdem eine Kommission der Ausständigen zu Herrn Gräy und forderte die Wiedereinstellung sowohl der Entlassenen wie der ständigen. Bei den Verhandlungen, welche diese Kommission mit Gräy hatte, war auch Herr Kasse, und zwar zum erstenmal zugleich Herr Gräy erklärte sich bereit, dem Verlangen der Kommission zu geben. Demzufolge wurden die Ausständigen sofort wieder gestellt und die Entlassenen sollten nach Bedarf wieder eingestellt werden. So weit bekannt ist, sind auch alle, die an dem Konflikt beteiligt waren, wieder bei Erich u. Gräy in Arbeit, nur die drei Schmittmacher, welche zuerst vorstellig wurden, haben auf Wiedereinstellung verzichtet.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ ist also in der That nicht richtig unterrichtet, und ihre fogenannten Berichtigungen können an diesem Stand der Dinge nichts ändern.

### Deutsches Reich.

Der Weberstreik in Meerane macht sich immer noch in den bescheidensten Orten des Bogenlandes bemerkbar. Der „Leipziger Volkszeitung“ wird darüber geschrieben:

Noch immer kommt es hier und da wegen zugewandter Streikarbeit zu Arbeitseinstellungen. So legte der größte Teil der Arbeiter der Weberei Kurt Reubert in Pflanz die Arbeit nieder. In Reichenbach hielten die Arbeiter mehrerer Webereien Fabrikbesprechungen ab, um ebenfalls in den nächsten Tagen die Arbeit niederzulegen. Der gleichfalls wegen erfolgloser Verweigerung von Meeraner Streikarbeit begonnene Ausstand der Weberei der Firma Siebold u. Geber in Zeulenroda dauert noch an. Dagegen ist der Streik der Arbeiter bei der Firma Otto Hanbold in Dölan bei Greiz beendet. Bei der Weberei Wolf in Priesen dauern die Differenzen noch an und sind bei dieser Firma ebenfalls noch eine Anzahl Arbeiter ausständig. Im großen und ganzen hat die Bewegung zur Abwehr der Streikarbeit in den letzten Tagen intensiver Gehalt angenommen, da eine Anzahl Ausständiger aus Meerane verschiedene Orte besucht haben, um die Anfertigung von Streikarbeit festzustellen. Das ist leider mitunter mit großen Schwierigkeiten verbunden, da die Streikarbeit jetzt zur Verheimlichung ihres Ursprungs auch durch die Hände anderer Firmen geht.

### Ausland.

Der Cigarrenarbeiter-Streit in Steenwijk (Holland) wird jetzt wieder von beiden Organisationen, sowohl von dem christlichen, als auch von dem internationalen Tabalarbeiter-Verband fortgesetzt. Der christliche Verbandsvorstand hat seinen Beschluß, den Streit seinerseits aufzuheben, wieder rückgängig gemacht.

Streik in Barcelona. Das Bureau „Herold“ berichtet: Der teilweise Ausstand der Hafenarbeiter benachteiligt die Geschäftswelt in starker Weise. Die Kollkulturer haben sich dem Ausstände der Verladearbeiter angeschlossen. Auch die Straßenbahn-Angestellten haben in ihrer gestrigen Versammlung einen diesbezüglichen ähnlichen Beschluß gefaßt.

## Aus der Frauenbewegung.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 5. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, in den Armehallen, Kommandantenstraße 20: Vortrag von Frau R. Hofmann über: „Das Rechtsbewußtsein der Frau“. Gäste willkommen.

Der Vorstand.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Zur handelspolitischen Situation.

Aus Wien wird der „Pres. Ntz.“ vom 2. Januar gemeldet: Die verlaute, besteht hier nicht die Absicht, den deutschen Handelsvertrag zu kündigen; man glaubt jedoch, daß Deutschland den Vertrag kündigen werde.

### Die Deutschen.

Aus Mexiko (Mexico) wird gemeldet, daß die Deutschen sich geschäftlicher gestaltet; es seien schon 5000 Personen geflohen. Andre mexikanische Städte richteten eine scharfe Quarantäne ein.

### Marokko.

Madrid, 2. Januar. (Nachricht der „Agence Havas“.) Der Kreuzer „Infanta Isabel“ ist in Tanger eingetroffen; der Kommandant desselben hat dem spanischen Gesandten de Cologan die Instruktionen seiner Regierung überbracht. Der Gouverneur von Tanger hat sämtlichen Kabysenhauptlingen erklärt, daß sie für die Sicherheit der Wege in ihren Bezirken verantwortlich seien.

Aus Tanger wird ferner gemeldet, daß der Bruder des Sultans, Mullah Mohammed mit dem Beinamen „der Eindringliche“, der bisher gefangen gehalten war, auf Befehl des Sultans freigelassen und in Mang und Würden wieder eingesetzt worden ist. Eine andre Nachricht sagt, der „Präsident“ habe geäußert, er kämpfe nicht, um den Thron von Marokko in Besitz zu nehmen.

In Melilla dauern die Vorsichtsmaßregeln fort. Die Artillerie wird vergrößert; die Befehlshaber der ägyptischen Truppen dürfen weder Anführer noch Soldaten nach außen passieren lassen.

Madrid, 2. Januar. „El Liberal“ meldet aus Tanger: Eine Dem Hof des Sultans nachstehende Persönlichkeit hält es für sicher, daß wenn die Ereignisse erneut erste Gestalt annehmen, der Sultan von Fez nach Rabat flüchten, die Jemmur-Kablen und andre Stämme zur Hilfe aufrufen und unter völliger Aufgabe seiner Neigungen zu europäischen Einrichtungen als Hüter des Islams auftreten werde; darauf dürfe der Sultan mit großen Streitkräften nach Fez zurückkehren, um bis zum äußersten zu kämpfen.

### Erhöhung des Kriegsbudgets.

Sofia, 2. Januar. (B. T. B.) Bei der Budgetberatung in der Sobranie erhoben heute einige oppositionelle Abgeordnete Einwendungen gegen die vorgeschlagene keine Erhöhung des Kriegsbudgets. In seiner Erwiderung bemerkte der Finanzminister, die Möglichkeit demäßiger größerer Anforderungen sei nicht ausgeschlossen.

### Arbeiter-Rikis.

Bückeburg, 2. Januar. (B. T. B.) Auf dem Georgschachte bei Stadthagen wurden heute durch eine Kesselexplosion zwei Arbeiter getötet und mehrere andre verletzt.



Lokales.

„Es giebt keine Wohnungsnot mehr in Berlin!“

Seit dem Oktoberzug des Jahres 1900, der die Wirkungen des in Berlin herrschenden Mangels an Wohnungen und der dadurch hervorgerufenen Wohnungssteuerung mit einem Schlage in voller Größe gezeigt hatte, hat unsere bürgerliche Presse keinen Kündigungsgesetz und keinen Umzugstermin vorübergehen lassen, ohne ihren Lesern die beruhigende Versicherung zu geben, daß die Berliner Wohnungsnot bereits wieder beseitigt sei. Auch in der letzten Woche konnte man wiederum lesen, daß in manchen Gegenden der Stadt nicht mehr ein Mangel, sondern sogar schon wieder ein Ueberfluß an Wohnungen herrsche, daß eine beträchtliche Zahl von Wohnungen leer stehe, daß infolgedessen die Mieten vielfach wieder ermäßigt würden, und so weiter.

Diese Schilderungen entsprechen denn doch sehr wenig den tatsächlichen Verhältnissen. Die Schönfärberei der bürgerlichen Presse wird widerlegt durch die nach wie vor überall sehr hohen Mieten, die die Berliner Hausbesitzer für ihre Wohnungen fordern. Wer in den letzten Tagen des Dezember die Kündigung seiner Wohnung vom Wirt erhalten oder seinerseits dem Wirt überhand hat, der hat jetzt Gelegenheit, sich durch eigene Erfahrung davon zu überzeugen, wie weit die Darstellung der bürgerlichen Presse zutrifft. Er wird gut daran thun, sich von vornherein nicht zu sehr auf sie zu verlassen, sonst könnten ihm bei der Wohnungssuche, die er nun wieder einmal antreten muß oder als vorläufiger Mann bereits angetreten hat, rasch die Augen übergehen.

Der Wohnungsmangel ist in Berlin heute allerdings nicht mehr so groß, wie im vorigen Jahre oder gar vor zwei Jahren. Aber als Wohnungsnot wird von der weniger bemittelten Bevölkerung nicht lediglich der Mangel an kleinen Wohnungen, sondern mehr noch die unverhältnismäßige Höhe der dafür geforderten Preise empfunden. Und so weit sind wir heute doch wirklich noch nicht, daß die Herren Hausbesitzer sich bereits in einer nennenswerten Anzahl von Fällen dazu bequem hätten, mit ihren Mieten wieder herunterzugehen! Dazu wird es voraussichtlich auch in dem neuen Jahre noch nicht kommen. Nach den früher gemachten Erfahrungen muß sogar bezweifelt werden, daß die allgemeine Steigerung der Mieten, die den Berliner Hausbesitzern in den letzten Jahren durch den Wohnungsmangel ermöglicht worden ist, überhaupt jemals wieder durch eine allgemeine Ermäßigung der Mieten abgelöst werden wird. Die Mehrzahl der Wirte hält, auch wenn der bisherige Wohnungsmangel wieder einem Wohnungsüberfluß Platz macht, nach Kräften auf gute Preise und deckt etwaige Mietausfälle, die durch Nichtvermietung von Wohnungen entstehen, mit dem in den fetten Jahren eingefachten Gewinn.

Sie können eben warten, die Herren Hausagrarier. Der vermehrte Tribut, den sie in einer den Wohnungswucher begünstigenden Zeit und Mietern auferlegen, gestattet den meisten von ihnen, auch in einer für sie weniger günstigen Zeit auszuhalten bis zur nächsten Wüste des Wohnungswuchers. Wenn es wieder so weit ist, dürfen sie dann eine um so reichlichere Ernte einheimsen.

Den Postabonnenten zur Mitteilung, daß die „Neue Welt“ der Sonntagsnummer beigelegt wird.

Der Magistrat wählte den praktischen Arzt Dr. Graeff zum leitenden Arzt am Friedrich-Wilhelm-Hospital und an den Eichen-Anstalten in der Strödelstraße. Der vom Stadtbaurat Ludwig Hoffmann vorgelegte Plan zur Errichtung des städtischen Unterwassertungswassers für Nahrungs- und Gebrauchsmittel, an der Fischerbrücke, ist vom Magistrat genehmigt worden. Die Baukosten, ohne die Kosten für die inneren Einrichtungen, sind mit 500 000 M. angelegt.

Die Silvesternacht ist zwar unruhig genug verlaufen, doch ist die Zahl der Verhaftungen geringer gewesen als vor einem Jahr. In der ganzen Stadt wurden nur 27 Festnahmen erforderlich gegenüber 268 in der vorhergehenden Silvesternacht. Die Hauptmasse der Festnahmen (147 Fälle) erfolgte wiederum in den der Nähe der Straße Unter den Linden gelegenen Stadtteilen.

Zur Regelung des gewaltigen Menschenverkehrs in den Straßen hatte die Polizei in der Silvesternacht umfangreiche Sperrmaßnahmen ergriffen. Von 2 bis 1/4 Uhr wurde die Friedrichstraße von der Behren- bis zur Jägerstraße für den Verkehr in der nördlichen Richtung gesperrt. An den Straßenübergängen waren Ketten von Schuppleuten postiert, die einzelne Personen und kleinere Gruppen in der Richtung nach dem Halleischen Thor passieren ließen, das Eindringen größerer Massen jedoch verhindern. Auch die Charlottenstraße erhielt, nachdem zur genannten Zeit die gesamte Reserve der Schutzmannschaft herangezogen war, starke polizeiliche Besetzung, der die Aufgabe zufiel, von hier die Mengen, die aus der Friedrichstraße zurückgetrieben waren, zu zerstreuen. Trotzdem dauerte es bis morgen gegen 6 Uhr, bevor die Friedrichstraße ihr gewöhnliches Aussehen erhielt und die riesigen Polizeiaufgebote zurückgezogen werden konnten.

Der Neujahrsbriefverkehr hat nach vorläufiger Schätzung wieder eine erhebliche Steigerung erfahren, so daß er in diesem Jahre einen Umfang angenommen, wie niemals vorher. Besonders stark war die Auflieferung in der neunten und zehnten Stunde des Silvesterabends. Da die amtliche Statistik im Vorjahre für die Zeit vom 30. Dezember bis zum Abend des 1. Januar nahezu 12 Millionen Stadtbriefe gezählt hat, so dürften in diesem Jahre gegen 13 Millionen sich ergeben.

Der neuernannte Polizeipräsident Dr. v. Borries hat gestern sein Amt übernommen.

Ein Erlass des Eisenbahnministers an die Eisenbahn-Direktionen läßt die Geschäftspraktiken mander Bahnpediteure in einem eigentümlichen Lichte erscheinen. Die Verfügung lautet: „Von den als bahnamtliche Kollaboranten bezeichneten Bahnpediteuren werden häufig Eil- und Frachtbriefe mit Frachtbriefen aufgefälscht, in welchen dieselben als Abnehmer mit dem Aufsatz „Königlicher Bahnpediteur, bahnamtlicher Güterbesitzer oder Lagerhalter der königlichen Eisenbahnverwaltung“ bezeichnet sind. Obwohl durch diese amtliche Bescheinigung der Anschein erweckt wird, als wenn die Sendungen bahnamtlich bestätigt worden seien, sind dieselben von den Kollaboranten dennoch in ihrer Eigenschaft als Privatpediteure aufgefälscht und in der Regel mit einer provisorischen Pflichtenrolle belastet, welche nicht nur den vertraglich vereinbarten Satz überschreitet, sondern auch oft eine Höhe erreicht, welche nicht im Verhältnis zur Leistung steht. Wenn auch die Tätigkeit der bahnamtlichen Kollaboranten als Privatpediteure, insoweit eine solche überhaupt zulässig ist, nicht bestränkt werden soll, so muß es andererseits als unzulässig bezeichnet werden, daß dieselben in den Fällen, in welchen sie ihrem Namen irgend eine Amtsbezeichnung beifügen oder durch Frachtbriefvermerke auf ihren amtlichen Charakter hinweisen, andere Kollaboranten als die vertraglichen zur Bescheinigung ziehen. Die Eisenbahn-Direktionen sind angewiesen, die bahnamtlichen Kollaboranten anzuweisen, nach den Vorschriften bei der Befruchtung, wie Auflieferung von Gütern zu verfahren.“

Die Nachtwagen der Straßenbahn, wie sie seit dem 1. Dezember auf den Hauptlinien verkehren, haben nach den Feststellungen der Direktion im allgemeinen einen vorhandenen Bedürfnis ent-

sprochen. Die gemachten Erhebungen haben aber ergeben, daß einige Änderungen im Fahrplan dieser besonderen Aufwendungen erforderlich sind. Die Änderungen sind mit dem 2. Januar in Kraft getreten. Es verkehren von diesem Tage an folgende Nachtwagen: Linie 1 Ringbahn ab Rosenthaler Thor von 12<sup>00</sup> bis 1<sup>00</sup> in Abständen von 15 Minuten, ab Brandenburgerstraße von 12<sup>17</sup> bis 2<sup>00</sup> mit 15-Minuten-Verkehr. Zur Einziehung kommt der Nachtwagen 2<sup>04</sup> ab Rosenthaler Thor. — Linie 9: Waldstraße—Schlesischer Bahnhof ab Waldstraße 12<sup>00</sup>, 1<sup>00</sup>, 2<sup>00</sup>, 3<sup>00</sup> bis Spittelmarkt, ab Waldstraße 1<sup>23</sup> bis Markusstraße, ab Spittelmarkt 1<sup>40</sup>, 2<sup>00</sup>, 2<sup>20</sup>. Einbezogen wird der Nachtwagen 2<sup>50</sup> ab Spittelmarkt. — Linie 34: Kreuzberg—Opernplatz—Gesundbrunnen ab Kreuzberg von 11<sup>17</sup> bis 1<sup>17</sup> alle 15 Minuten bis Weddingplatz, ab Weddingplatz von 12<sup>10</sup> bis 2<sup>10</sup> alle 15 Minuten. Zur Einziehung kommen die Nachtwagen 1<sup>02</sup> und 1<sup>47</sup> ab Kreuzberg und 2<sup>00</sup> und 2<sup>45</sup> ab Weddingplatz. — Auf der Linie 54: Schönhauser Thor—Savigny-Platz tritt keine Änderung ein. — Linie 79: Schöneberg—Alexanderplatz ab Schöneberg von 12<sup>00</sup> bis 2<sup>15</sup> alle 15 Minuten, ab Alexanderplatz von 11<sup>45</sup> bis 1<sup>15</sup> alle 15 Minuten bis Bahnhof Ebersstraße, ab Alexanderplatz von 11<sup>45</sup> bis 3<sup>00</sup> alle 15 Minuten bis Mühlenstraße. Linie 78 Königsbergerstraße—Wilmerdorf ab Königsbergerstraße von 12<sup>04</sup> bis 1<sup>12</sup> alle 7 1/2 Minuten, von 1<sup>23</sup> bis 1<sup>02</sup> alle 15 Minuten und ab Markusstraße 1<sup>00</sup> und 2<sup>00</sup> bis Ullandsstraße Ecke Ludwigskirchstraße, ab Ludwigskirchplatz von 12<sup>00</sup> bis 12<sup>47</sup> alle 7 1/2 Minuten, von 12<sup>47</sup> bis 2<sup>17</sup> alle 15 Minuten, ab Ludwigskirchplatz bis Markusstraße 12<sup>04</sup>, 1<sup>00</sup>. Zur Einziehung kommen die Nachtwagen 2<sup>12</sup> und 2<sup>27</sup> ab Königsbergerstraße.

Daß ein Geldschrank auch eine Diebstahlsfalle werden kann, erfährt ein Einbrecher in der Neujahrsnacht in der Weichstraße. Ein Mann, der sich Zimmermann Hermann Urban nennt, hatte mit einem andern die Neujahrsnacht mit ihrem Trubel dazu ausgenutzt, in der Papierhandlung von Poensgen u. Heyer in der Weichstraße Nr. 6 den Geldschrank zu erbrechen. Das Comptoir dieser Handlung liegt im Erdgeschoß des rechten Seitenflügels auf dem Fabrikgrundstück. Urban wählte dort genau Bescheid, da er vierzehn Tage lang bei Poensgen u. Heyer als Kader beschäftigt war. Zwischen 1 und 2 Uhr nachts drückte er und sein Spiegelschloß eine Jentierscheibe ein und kletterte durch die Oeffnung ins Comtoir. Um an die Hinterwand des Geldschrankes heranzukommen zu können, wollten sie diesen von der Comptoirwand abheben. Dieser Versuch mißlang jedoch, der Schrank fiel um und zerstückelte Urban beide Beine. Während der Verwundete jammernd und weinend unter der schweren Last liegen blieb, ließ ihm sein Helfershelfer im Stich und ließ davon. Das Geräusch rief den Wächter des Grundstücks herbei, der den Einbrecher in seiner hilflosen Lage fand und die Polizei des 40. Reviers holte. Nachdem man ihn von der Last befreit hatte, brachte ein Schutzmann den Verwundeten als Polizeigefangenen mit einer Droschke nach der Charité. Als seine Wohnung gab er Kochstraße 13 an, hier wohnt er jedoch nicht. Auch sein Name erwies sich als falsch. Wahrscheinlich steht der Einbrecher, der seinen Namen nicht nennen will, auch mit andern Geldschrankdiebstählen in Verbindung, und es wird vermutet, daß er die Arbeit unter einem falschen Namen nur angenommen hat, um eine Gelegenheit auszunutzen.

Eine Ehrenrettung. Mit der Witwe Hildebrand in der Friedrichstraße 128 haben wir es verstanden. Diese Dame sendet uns folgende Aufschrift: „Sie haben in Ihrem Blatte Nr. 1 einen Artikel mit der Ueberschrift „Eine Unterredung mit Auguste Manovic“ gebracht; derselbe entpricht aber absolut nicht der Wahrheit, denn erstens ist mir nicht im Traum eingefallen, die betreffende Dame zu engagieren, und zweitens erlaube ich Sie höflichst und dringend, mein Lokal Varietés du Boulevard, Friedrichstr. 122/123, nicht einen untergeordneten Tangel-Tangel zu nennen, indem in meinem Lokal ebenso gute Spezialitäten wie in Wintergarten oder Apollo aufzutreten. Sollten Sie also den Artikel innerhalb zwei Tagen nicht widerrufen haben, so werde nach § 11 des Preßgesetzes andre Wege gegen Sie ergreifen.“

Da sieht man wieder, wie wenig Verlaß auf andre Leute ist. Die unzutreffende Charakteristik des Varietés Boulevard entstammt bekanntlich der Wiener „Neuen Freien Presse“; wir vertrannten blödsinnig der Lokalkenntnis des Korrespondenten dieser Zeitung, weil wir aus eigener Anschauung leider noch keine Gelegenheit hatten, den Kunstgehalt des Varietés Boulevard kritisch zu würdigen. Nachdem und nun aber die Inhaberin dieses Instituts selber mitgeteilt hat, daß es mit dem Apollo auf einer Stufe steht, nehmen wir hiermit reuevoll den untergeordneten Tangel-Tangel zurück.

Sein Neujahrsdankeschreiben erhielt sich in der Wohnung seiner früheren Braut ein 28 Jahre alter Badergeselle Gustav Detger. Dieser lernte vor zwei Jahren auf dem Tanzboden in Schönhausen die 21 Jahre alte Arbeiterin Ida Any aus der Schwedterstr. Nr. 42 kennen. Im Laufe der Zeit erzählte er ihr, daß er einmal von seinen Eltern eine große Bäckerei bekomme. Daraufhin verlobte sich das Mädchen am 1. April v. J. mit ihm. Als es dann aber vor einigen Wochen erfuhr, daß Detger schon seit September keine Arbeit und Wohnung mehr hatte und daß von einer Ausfahrt auf eine große Bäckerei keine Rede ist, sandte es ihm Weihnachten den Ring zurück. Trotzdem erschien der junge Mann am Neujahrsabend nachmittags in der Wohnung seiner ehemaligen Braut, um ihr Glück zu wünschen. Sie wollte ihn auch nicht Schroff abweisen und nahm seine Wünsche entgegen. Dann ließ sich Detger den Kofettischlüssel geben, ging hinaus und schloß sich eine Revolverkugel in die Brust. Als Hausbewohner und ein Arzt dazu kamen, war er schon tot.

Gollnow, der flüchtige Kassierer der Darnstädter Bank in Berlin, ist, wie aus Frankfurt a./D. berichtet wird, dort verhaftet worden.

Ungetreue Konfektionäre. Neue erhebliche Unterschleife sind, einem Sachbote zufolge, in zwei hiesigen großen Damenmützel-Geschäften entdeckt worden. Bei einer Firma in der Jerusalemstraße hat ein Konfektionär in der Kindermützel-Abteilung in Gemeinschaft mit einem Sticker seinen Arbeitgeber in der Weise empfindlich geschädigt, daß er dem Sticker regelmäßig mehr Arbeitslohn in die Hände eintrug, als dieser zu bekommen hatte. Den Mehrbetrag teilten die Spitzbuben untereinander. Im zweiten Falle handelt es sich um eine Firma in der Kronenstraße, deren Konfektionäre bedeutende Quantitäten wertvoller Seidenstoffe — angeblich über tausend Meter — veruntreut und zu seinem Vorteil veräußert haben soll.

Eine eigentümliche Explosion hat sich am Neujahrsabend im Hause Chausseestraße 40 ereignet. Dort hatten die Inhaber einer Wohnung im Seitenflügel aus Unachtsamkeit eine Wärmecurve mehrere Tage in der Ofenröhre liegen lassen. Am Donnerstagnachmittag explodierte die Krufe; die Ecken flogen mit solcher Gewalt aus dem Fenster, daß sogar eine Scheibe des gegenüberliegenden Flügels zerstört wurde. Zum Glück hat das seltsame Geschehniß kein Unheil angerichtet.

Ein internationaler Spitzbube, der in Treppen in Ungarn bei einem Diebstahl auf dem Bahnhof festgenommen wurde, beschäftigt auch die hiesige Kriminalpolizei. Man fand bei dem Verhafteten, der Ungar von Geburt ist, eine schwarze Ledertasche, die Kleidungsstücke und Papiere enthielt. Unter diesen befand sich auch ein Ausweis auf den Namen Adolf Fischer, Berlin, mit einer Photographie. Der Festgenommene giebt an, daß er ihn in Berlin auf einem Bahnhof gestohlen habe. Eine Anzeige von diesem Diebstahl hat die Kriminalpolizei noch nicht. Es wäre erwünscht, daß der Verstoßene sich bei ihr meldet.

Unter der Angabe, daß er von seinem Freunde vergiftet worden sei, der ihm bei Wächter am Potsdamer Platz ein Gift in das Bier geschüttelt habe, erschien heute mittag in der Rettungswache Mauerstraße ein etwa 30-jähriger Herr. Er zeigte tatsächlich alle Anzeichen einer schweren Vergiftung; sein Zustand verschlimmerte sich derart, daß er trotz allen unausgesetzten Bemühungen der Ärzte

nach einer Stunde auf der Rettungswache verstarb. Die Polizei hat sofort die Untersuchung der Angelegenheit in die Hand genommen. Es scheint jedoch, als ob der Verstorbenen die Unwahrheit gesagt und sich selbst vergiftet habe. Seine Persönlichkeit ist inzwischen als die des Druggisten W. L. aus der Exercierstraße festgestellt worden. Er wurde seit längerer Zeit berrührt; seine Angehörigen suchten ihn in allen hiesigen Krankenhäusern.

Einen bedauerlichen Ausgange nahm die Silvesterfeier, welche im Hause des Rentiers Jodius am Sturfsüßendamm veranstaltet worden war. Um die anwesenden Gäste zu unterhalten, führte ein Familienmitglied keine Jauderluststücke vor, deren Hauptnummer war, sich einen zu diesem Zwecke angefertigten Dolch, dessen Klinge beim Drücken auf eine Feder in die Scheide zurückgeht, in den Leib zu stoßen. Dieses Kunststück erregte nun das Interesse des einzigen 4 Jahre alten Sohnes des Gastgebers in so hohem Maße, daß er es auch an seinem eigenen Körper probieren wollte. Ohne das von dem Zimmer bemerkt worden war, schlich dieses sich nach der Küche und nahm unbemerkt ein spitzes Transchirmesser an sich, mit welchem es auf dem Korridor experimentierte. Plötzlich wurden die Gäste durch einen entsetzlichen Schrei des Kindes erschreckt; als diese nach dem Korridor eilten, fanden sie den Knaben, das Messer im Unterleibe steckend, auf dem Erdboden liegend vor. Der sofort herbeigeholte Hausarzt ordnete, nachdem er dem verletzten Kinde einen Rotterband angelegt hatte, dessen sofortige Ueberführung nach einer Privatklinik an. Selbstverständlich war nach diesem Vorfall an eine Fortsetzung der so fröhlich begonnenen Feier nicht zu denken. Während die Gäste das Haus verließen, fanden die tiefbesümmerten Eltern an dem Schmerzenslager ihres Kindes, an dessen Aufkommen nach Ausspruch der Ärzte kaum zu denken ist.

Eine dunkle, noch nicht aufgeklärte Brandstiftung und ein Einbruch beschäftigen die Kriminalpolizei. Am 1. Januar abends um 9 Uhr wurde die Wohnung des Vertalers Wilhelm Haule, Kaiser Wilhelmstraße 18k, der in demselben Hause im ersten Stock eine Wohnung und im Erdgeschoß eine Destillation besitzt, erbrochen. Der Einbrecher wurde dabei überrascht und auf der Flucht nach längerer Jagd in der Fühlstraße ergriffen. Gestern früh kam dort um 6 1/2 Uhr in dem Laden des Schuhwarenfabrikanten Ebenstein, der in der Lotzingerstraße wohnt, Feuer aus, das von der Feuerwehre bald gelöscht wurde. Es brannte an drei verschiedenen Stellen. Der Fußboden, Schirme usw. waren mit Petroleum bespritzt und dann angezündet. Der Brandstifter war nach Zerstörung des Schaufensterlakens und Abschleichen der Rollschalotten in den Laden eingedrungen und hatte dann, nachdem er noch die Pulle und Bücher durchsucht, sich unbemerkt wieder entfernt. Bis jetzt ist er noch nicht bemerkt und ergriffen worden.

Durch den Umsturz einer Maschine schwer verunglückt ist der Arbeiter Rind aus Johannisthal, der bei der Kanalbau-Gesellschaft Sager u. Wolmer beschäftigt war. Eine am Teltow-Kanal zum Betriebe der einen Pumpstation erforderliche Lokomotive, die in der Reparaturwerkstatt der Gesellschaft ausgebessert war und wieder zum Kanal hinübergeschafft werden sollte, kippte und stürzte von dem für die Feldbahn aufgeschütteten Damm hinunter. Rind, ein fleißiger und eifriger Arbeiter, geriet unter die Maschine und wurde anscheinend tot vom Plage getragen. Nach einigen Stunden aber kam er doch wieder zur Besinnung. Der Verunglückte scheint außer einer Brustquetschung einen Schädelbruch erlitten zu haben. Die stark beschädigte Maschine wiegt 250 Centner.

Da das Berliner Aquarium seit darauf bedacht gewesen ist, den Naturfreunden und Liebhabern die schönsten interessantesten Süßwasserfische, welche namentlich für die Zwecke der Pflege von Zimmer-Aquarien aus den verschiedenen Ländern und Erdteilen importiert wurden, in eigens angefertigten und eingerichteten Behältern vorzuführen, in hervorragendem Maße aber auch die Vertreter der Fischfauna verschiedener Meereszonen herbeizuschaffen und auszustellen, so fand der Besucher vielfache Gelegenheit, Vergleiche zu ziehen zwischen der Form- und Farbenschönheit der die Binnen-gebeister, die Küstentische und die Meeresfische bewohnenden Fische. Dabei ergiebt sich, daß eine Anzahl der Süßwasserfische, so die indisch-amerikanischen Großkarpfen, die flammeischen Kumpffische und die süd-amerikanischen Beckenmutterfische zur Laichzeit zwar ein mit den leuchtendsten Farben geschmücktes Hochzeitskleid anlegen, daß aber in den Meereszonen und in den verschiedenen Stadien der Fortpflanzung und Mannigfaltigkeit, reichere Abwechslung, buntere Farbenmischung und glanzvollere Farbenpigmentierung obwaltet. Die aus dem Mittel- und Adriatischen Meere hierher beförderten Brassen und Aqualen, die Schiffsbarben und vor allem die Regenbogen- und Wauenfische weichen in Buntheit und Glanz des Schuppengewandes und nehmen es darin selbst mit den Fischen der Tropen auf.

Feuerbericht. Freitagnachmittag gegen 3 Uhr wurde die Wehr nach der Kochstr. 26 gerufen, wo in einem Keller die Klosettverpachtung in Brand geraten war. Auf einem Reuban in der Alim-Jalobstr. 130 stürzte mittags beim Einfahren ein beladener Fördertrolley samt dem Aufsitzer in eine Grube. Bevor jedoch die alarmierte Feuerwehre erschien, war der Aufsitzer bereits aus seiner gefährlichen Lage befreit, weshalb die Löscharbeiten ohne weiteres wieder abbrechen konnten. In der Nacht zum Freitag gingen in der Elbasserstr. 81 Gardinen und Kleidungsstücke in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Petstr. 28 Wäsche in ein Haus der Flammen wurden. Auch in der Derfflingerstr. 27, Oberbergerstraße 7 und in der Reithstr. 17 mußten Wohnungsbrände beseitigt werden. In der Hauptstraße wurden in diesen Fällen Möbel und Kleidungsstücke beschädigt. Nach der Lotzingerstr. 42 und nach der Ullmannstr. 14 wurde die Wehre Donnerstagnachmittag gerufen, weil hier Weihnachtsbäume in Brand geraten waren. Außerdem hatte die Wehre noch Alarmierungen von dem Vincaplatz 2, von der Hirtensstraße 14 und von verschiedenen andern Stellen zu verzeichnen. In allen diesen Fällen war indes ein Eingreifen der Wehre nicht erforderlich.

Metropol-Theater. Infolge technischer Schwierigkeiten muß die Premiere der Revue: „Neustes! Allerneustes!“ auf einige Tage verschoben werden. Sonntag gelangt das Repertoirstück: „Die zwölf Frauen des Japhet“ zur Aufführung.

Auf Veranlassung des „Deutschen Vereins für Volkshygiene, Ortsgruppe Berlin S. O.“, spricht Mittwoch, den 7. Januar, abends 8 Uhr im Saal B des Architektenhauses Herr Prof. Dr. Jablonski über „Körperliche Übungen in kranken Tagen“.

Haus den Nachbarorten.

Steglich-Friedenan. Die Versammlung des Wahlvereins findet Mittwoch im Restaurant „Schellhase“, Hornstraße 15a statt. Gäste haben Zutritt. Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß laut Beschluß der Generalversammlung der monatliche Beitrag vom 1. Januar d. J. 25 Pf. beträgt. Der Vorstand.

Aus der Charlottenburger Orts-Krankenkasse. Der Vorstand der Allgemeinen Orts-Krankenkasse in Charlottenburg besteht aus zwölf Mitgliedern, von denen acht Arbeitnehmer und vier Arbeitgeber sind. Dem bisherigen Kassenvorstand, Kaufmann W. Sabor, wurde das Amt des Vorsitzenden nicht wieder übertragen. An seiner Stelle ist der Lagerhalter des Konsumvereins Spörer gewählt. Stellvertreter des Vorsitzenden wurde der Arbeiter G. Schell. Wegen die Wahl von Spörer hat Sabor beim Magistrat Protest eingelegt, da er angeblich nach den Statuten nicht der Versicherung unterliegt und deshalb aus der Mitgliedschaft gestrichen sei. Unter diesen Umständen kann Spörer vorläufig, bis zur Erledigung des Protestes, nicht in sein Amt eingeführt werden. Die Erledigung des Protestes dürfte bald erfolgen, da Spörer, wie uns von unterrichteter Seite geschrieben wird, vollberechtigtes Mitglied der Kasse ist. Seine



Streichung aus der Mitgliederliste ist gesetzlich. Einstweilen wird Herr Scheel die Leitung der Kasse übernehmen.

Die behördliche Konzeptionierung des Magerviehhofes in Friedrichsfelde ist nunmehr unter Festsetzung der Ratifizierte erfolgt. Der Provinzialrat hat in seiner Sitzung vom 12. v. M. auf Grund des § 65 der Reichsgewerbeordnung und des § 127 des Justizverfassungsgesetzes beschlossen, der Centralen für Viehwirtschaft, e. G. m. b. H. zu Berlin, auf deren Antrag vom 2. Juli/2. Oktober v. J. die Genehmigung zur Abhaltung von Magerviehmärkten vom 1. Juni 1903 ab auf dem zu errichtenden Magerviehhofe in Friedrichsfelde zu erteilen und zwar: a) von Schweinemärkten am Mittwoch und von Pferde- und Viehmärkten am Dienstag jeder Woche; b) von Pferd- und Viehmärkten an jedem Donnerstag in der ersten Woche jeden Monats; c) von Rindvieh- und Hammelmärkten an jedem Freitag; d) von Geflügel-, insbesondere Gänsemärkten an allen Wochenenden des Jahres.

**Pantow.** Gegen die am 28. November vollzogenen Gewerbegerichts-Wahlen der Arbeitgeber haben unsere Genossen Einspruch erhoben, um die Wahl des „Arbeitgebers“ Herrn Brandt für ungültig erklären zu lassen. Brandt hat sich in der Wahlerteile als Photograph in Firma Paul Brandt eintragen lassen, während er in Wirklichkeit Magistratssekretär der Stadt Berlin ist. Brandt hat weder eine gewerbliche Niederlassung noch ein Gewerbe in Pantow angemeldet. Auch als Stellvertreter kann er nicht in Frage kommen, da er als Leiter eines Betriebes dauernd darin beschäftigt sein muß. Besonders mangenchem wird für Herrn Brandt die Tatsache sein, daß die Pantower Steuerbehörde sich des Falles bemächtigt hat, um den Photographen wegen Steuerhinterziehung zur Rechenschaft zu ziehen. Auch hat der Berliner Magistrat bis jetzt noch nichts von der Vielfältigkeit des A. gewußt und ihm keine Erlaubnis zur Ausübung eines Nebengewerbes gegeben. Herr Brandt hatte bekanntlich neben Herrn Juhl (wie wir in Nr. 272 des „Vorwärts“ berichteten) sich in Vorwürfen über „frivole Klagen“ und über Parteilichkeit der sozialdemokratischen Gewerbegerichtsmitglieder zu Gunsten der Arbeitnehmer ergangen und muß es nun erleben, daß er am allerleichten das Recht hat, als Gewerbegerichtsmitglied zu fungieren.

**In Kummelsburg** finden am 15. Januar die Wahlen zum Gewerbegericht statt und zwar in den Stunden von 5 bis 9 Uhr abends. Es wählen die Arbeiter mit den Anfangsbuchstaben: A. bis G. im Café Bellevue, Hauptstraße 2; H. bis N. im Hahnsfischen Volksgarten, Hauptstraße 4; O. bis R. im Carlischen Lokal, Hauptstraße 82; S. bis Z. im Kottbischen Lokal, Hauptstraße 55.

Der Termin für die Beschaffung von Wahllegitimationen läuft am 13. Januar ab. Für Arbeiter, welche am Orte wohnen, sind Legitimationen an folgenden Stellen in Empfang zu nehmen: Auf dem Gemeindebureau, während der Amtsstunden; ferner zu jeder Zeit bei den Herren: Paul Gebauer, Nieß-Kummelsburg, Neue Prinz Albertstraße 17; Noda, Zigarrengeschäft, Prinz Albertstraße 5a; Otto Günther, Konsumverein, Türschloßstraße 6. Arbeiter, welche am Orte arbeiten aber nicht daselbst wohnen, erhalten eine Bescheinigung vom Arbeitgeber. Auf Grund dieser sind ihre Wahllegitimationen ebenfalls an den oben bezeichneten Stellen in Empfang zu nehmen.

**Ein schwerer Baumfall,** der zum Glück ohne Schädigung von Menschenleben ausfiel, hat sich auf dem Grundstüd der königlichen Gießerei in Spandau zugetragen. Zum Bau eines Gasometers, den eine Firma in Bremen ausführt, war in deren Auftrage von einem Spandauer Baugeschäft ein großes Holzgerüst errichtet worden; dieses ist um die Mittagszeit, als die auf dem Bau beschäftigten zahlreichen Arbeiter sich lösen entfernten hatten, in sich zusammengefallen. Es ist noch nicht festgestellt, ob die Ursache des Unfalls auf Konstruktionsfehler oder auf Verwendung mangelhaften Materials zurückzuführen ist. Das Holzgerüst sollte 5000 M. kosten, deren Zahlung nun die auftraggebende Firma ablehnt, so daß es zu einem Prozeß kommt.

**Friedenan.** Viel umworben wird die von unserer Gemeinde ausgeschriebene Stelle eines Amts- und Gemeindevorsethers. Nicht weniger als 154 Männer aus allen Bevölkerungskreisen hatten sich für befähigt, die Geschäfte unseres Ortes zu leiten, und schwer wird der Gemeindevorstand die Wahl unter den vielen Bewerbern fällen. Auch die Gelegenheit, wieder einen Offizier zu erhalten, ist vorhanden, denn fast alle Kandidaten, vom Generalmajor bis zum gewöhnlichen Lieutenant von 24 Jahren sind vertreten. Wir glauben jedoch, von der Vorliebe fürs Militär ist Friedenan auf lange Zeit geheilt.

**Neu-Weißensee** zählte am 1. Dezember vorigen Jahres 33 064 Einwohner; geboren und zugezogen waren im Laufe des Monats 334, gestorben und weggezogen 334, so daß am Ende des Monats 50 Einwohner weniger vorhanden waren als zu Anfang. Umzüge fanden 184 statt.

**Zum Leiter der Gemeinde-Kassakasse in Tege** wurde in der letzten Sitzung des Gemeindevorstandes Oberlehrer Wilhelm Schreiber aus Berlin erwählt. Er wird voraussichtlich schon zum 1. April dieses Jahres seine neue Stellung antreten.

**Unklar über Verbrechen?** In dem sogenannten Generalhof zu Köpenick, einem Gebäude, das jetzt als Armenhaus dient, wohnt zu ebener Erde die Ehefrau des Arbeiters Minkert mit ihren beiden Kindern im Alter von sechs Monaten und drei Jahren. Arbeiter Minkert verhielt zur Zeit in Böhmen eine zweijährige Gefängnisstrafe, weil er im Januar v. J. sein damals halbjähriges Kind so mißhandelte, daß der Tod eintrat. Die Frau des Minkert hatte am Mittwochabend die Wäsche des kleinen Kindes auf ein Ofenrohr gelegt und mit Holzstücken befeuert, nachdem der eiserne Ofen richtig geheizt worden war. Während die Mutter bei Nachbarn verteilte, entwickelte sich von der Wäsche und von dem Holze ein großer Qualm. Eine Frau, die eine Treppe hoch wohnt, nahm ihn wahr. Sie ging in die Stube und öffnete die Fenster, um den Rauch abziehen zu lassen. Frau Minkert wurde von dem Vorfall benachrichtigt. Sie lebte in ihre Wohnung zurück, jedoch aber die Fenster von innen. Nachdem sie auch die Thür verschlossen hatte, verließ sie die Wohnung abermals. Gegen 11 Uhr nachts fand sie sich wieder ein und sah, wie die „Berliner Zeitung“ meldet, das Ankleiden von sechs Monaten tot im Kinderwagen liegen, während das drei Jahre alte Mädchen entseelt vor dem Bette lag. Die Polizei hat die Leichen beschlagnahmt und die Wohnung der Minkert verriegelt.

## Gerichts-Zeitung.

Eine etwas drastische Briefkasten-Notiz lag einer Anklage wegen Preßbeleidigung zu Grunde, die gestern den Redakteur der „Rad-Welt“, Adolf Schulze, den Rechtsanwält Dr. jur. Kemling und den Advokat Poser aus Brandenburg a. N. vor die 7. Strafkammer des Landgerichts I führte. Der letztgenannte Angeklagte hatte der „Rad-Welt“ in Form einer Beschwerde ein kleines Abenteuer eines Radfahrers mit zwei Polizeibeamten mitgeteilt und um juristischen Rat gebeten. Nach dieser Mitteilung sei ein Radfahrer, der von einem Klub-Ausflug nach seinem Wohnort Brandenburg zurückkehrte, bei Plone von einem Jagendarm und einem Polizisten gestellt worden, weil er keine Versicherung an der Maschine hatte. Der Gendarm habe ihn nach seiner Legitimation gefragt und, da solche nicht vorgezeigt werden konnte, erklärt, daß er seine Persönlichkeit feststellen müsse. Der Radfahrer habe darauf nach der etwa verwirkten Strafe gefragt und die Antwort erhalten, daß sie drei oder fünf Mark betragen würde, je nachdem sie der Bürgermeister festsetzen würde. Darauf habe der Radfahrer erklärt, daß er zwar 3 M. nicht aber 5 M. bei sich habe, dann aber habe er auf Anregung des Gendarmen seine Uhr zum Pfand gegeben, die ihm am nächsten Tage gegen Zahlung einer Strafe von 3 M. wieder ausgehändigt worden sei. Der Einsender der Beschwerde fragte an, ob der Beamte berechtigt gewesen sei, die Uhr zum Pfand einzubehalten. Die Anfrage wurde von Dr. Kemling durch eine Antwort etwa folgenden Inhalts erledigt: „Donnerwetter! Und ist manches schon passiert, aber so etwas noch nie! Also ein Radfahrer, der seine Laternen vergessen hätte, ist in eine polizeiliche Falle geraten und wird von einem

Gendarm und einem Polizisten angehalten, weil er — schrecklich — auch keine Fahrkarte bei sich hat.“ Es wird dann die Hingabe der Uhr in der von Poser geschilderten Weise mitgeteilt und geraten, mit einer Beschwerde über die beiden Beamten eventl. bis zum Minister zu gehen. Schließlich hieß es in der Briefkasten-Notiz etwa so: „Die dortige Gegend scheint etwas auf die Beamten eingewirkt zu haben. In dieser Gegend haben die alten Coutours so manden Pfefferfack gesteckt. Es scheint immer noch Leute zu geben, denen der Radfahrer als vogelfrei gilt. Soll es noch toller kommen? Diese Briefkasten-Notiz hat die Anklage wegen Beleidigung der beiden Beamten veranlaßt. Die Weisungnahme ergab, daß sich der Vorgang doch in milderer Form abgespielt hatte, als vom Angeklagten Poser geschildert worden war. Der Gendarm versicherte insbesondere, daß er dem Radfahrer dadurch gerade habe entgegen kommen wollen, daß er ihn durch Hergabe der Uhr die Strafe vorläufig deponieren ließ, da er sonst noch weitere Maßnahmen zur Feststellung seiner Person hätte treffen müssen. Der Staatsanwalt beantragte je 30 M. Geldstrafe. — Dr. Kemling nahm den Satz des § 103 in vollem Maße in Anspruch, da die Radfahrer das lebhafteste Interesse daran haben, Zustände, wie sie in der Umgegend von Berlin vielfach herrschen, beseitigt zu sehen. Das Wort „Falle“ könne nicht als beleidigend angesehen werden, denn es werde ganz allgemein von Radfahrern für solche Stellen gebraucht, wo sich Polizisten aufstellen, um Radfahrer bei etwaigen Kontraventionen abzufassen. Auch die Hingabe auf die Coutours könne unmöglich beleidigend sein, denn die Coutours waren nicht bloß Raubritter, sondern machten auch das ihnen zustehende Vorgehen geltend. — Der Gerichtshof billigte zwar den Satz des § 193, hielt die Anklage aber doch für beleidigend und verurteilte den Angeklagten Schulze zu 30 M., Dr. Kemling zu 50 M. Geldstrafe. Den Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis in der „Rad-Welt“ zuerkannt, der Angeklagte Poser wurde freigesprochen.

**Das vom Reichsgericht in dem bekannten „Fall Schmoller“** (unberechtigter Nachdruck von Vorlesungen) gefällte Urteil wird jetzt in der „Deutschen Juristenzeitung“ seinem Inhalte nach mitgeteilt. Die Revision, so heißt es darin, mußte zurückgewiesen werden. Wenn die Revision darauf hinweist, daß Prof. Schmoller denselben Vortrag schon einmal in München gehalten habe, so kann dieser Hinweis die Freisprechung nicht begründen. Nach § 17 Nr. 1 des Urheberrechtsgesetzes vom 18. Juni 1901 ist allerdings die Wiedergabe eines Vortrages oder einer Rede durch Zeitungen oder Zeitschriften zulässig, sofern der Vortrag oder die Rede Bestandteil einer öffentlichen Verhandlung ist. Allein im vorliegenden Fall hat der Angeklagte nicht den von Prof. Schmoller in München gehaltenen Vortrag als solchen wiedergegeben, sondern er hat das auf neuer Verarbeitung des Stoffes beruhende und nicht für die Öffentlichkeit, sondern nur für die studentischen Hörer bestimmte Diktat Schmollers in der Berliner Vorlesung vervielfältigt. Die Gleichheit des Gedankeninhalts war hierbei bedeutungslos und die Revision irt, wenn sie aus § 17 des Gesetzes folgert, die frühere Entwidlung derselben politischen Ansichten in der Münchener Versammlung habe dem Berliner akademischen Vortrag den Schutz des Gesetzes entzogen. Ferner ist mit Unrecht gerügt, daß es sich um einen Schutz des Schmollerschen Vortrages nach der Richtung hin handle, dem Urheber die „ökonomische Ausübung“ der geistigen Arbeit zu wahren. Denn die Rechte des Urhebers beschränken sich nicht auf die vermögensrechtliche Seite, haben vielmehr die ausschließliche Disposition der Person des Urhebers über die Gestaltung seiner wissenschaftlichen oder künstlerischen Gedankenbetätigung zur Grundlage. Es kommt darauf nicht an, ob die Vervielfältigung des Angeklagten von dem Prof. Schmoller aus dem Gesichtspunkte einer Vereinfachung seiner Vermögensrechte beantragt war oder nicht. In subjektiver Beziehung kann der Angeklagte nicht einwenden, er habe geglaubt, daß er zur Vervielfältigung der politischen Ansicht Schmollers dessen Genehmigung nicht bedürfe. Denn die Untersuchung zwischen den gesetzlich zulässigen und unzulässigen Fällen der Vereinfachung bildet einen Bestandteil des § 33 Nr. 1 des Gesetzes und ein Verium über diese Bestandteile war ein Rechtsakt, der aber nach dem neuen Urheberrechtsgesetze im Gegensatz zum alten Verurteilung nicht findet.

**Wegen eines wiederholten Schwindels mit Simulbrillanten** stand der schon vielfach wegen aller möglichen Verbrechen und Vergehen vorbestrafter Händler Joh. Kr. Mann gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Er hatte in mehreren Fällen Ringe mit Steinen, von denen er versichert, daß es echte Brillanten wären, bei Pfandleihern, die mit Edelsteinen nicht befaßt wurden, zum Verkauf gebracht. Im den Verkauf zu bewerkstelligen, hatte er sich der Legitimationspapiere anderer Personen bedient, die ihm zum angeblichen Verkauf einer Uhr und dgl. überlassen worden waren. Die „echten Brillanten“ erwiesen sich nachträglich als Simulbrillanten, die so gut wie wertlos waren. Eine Pfandleiherin, bei welcher er zum zweitenmal mit einem derartigen Ringe erschienen war, wollte ihn fernnehmen lassen, er nahm jedoch Reichthum und konnte erst auf der Straße verhaftet werden. Er behauptete im gerichtlichen Termin, daß er die Ringe als „echte Brillanten“ im „Großen Seidel“ in der neuen Friedrichstraße von einem Händler gekauft habe. Dieser Behauptung widersprechen alle sonstigen begleitenden Umstände. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 3 Jahren Zuchthaus, 570 M. Geldstrafe und 5 Jahren Erwerbsloshaus.

**Sier Clemente** innig gefeilt, sollen bekanntlich einen guten Silberpunsch herstellen. Der Kaufmann Otto Bedering hatte noch ein fünftes Element dem Publikum durch seinen Reisenden empfehlen lassen, sich aber dadurch eine Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz und eine Verurteilung zu 20 M. Geldstrafe angezogen. Es waren zwei Flüssigkeiten, die der Angeklagte herstellte, die eine nannte er „Kumkomposition“, die andere „Verstärkungskomposition“. Die letztere Essenz bestand nach dem Gutachten des Gerichtsammeisters Dr. Neumann im Wesentlichen aus einem Paprikauszug, der dem Schnaps zugesetzt, demselben eine besondere Schärfe verlieh. Die Kumkomposition sollte zur Süßzubereitung dienen, lieferte aber ein Gemisch, welches mehrere Verfälscher nicht als Punsch anerkennen wollten. Das Schöffengericht hatte den Einwand des Angeklagten, daß die Essenz weder als ein Nahrungsmittel noch als Genussmittel angesehen sei, da sie nur zur Herstellung eines solchen dienen solle, nicht gelten lassen, denn Punschkraft sei auch ein Genussmittel, obgleich derselbe nicht unermittelt genossen werden solle. In der gerichtlichen Berufungssitzung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II erhob der Angeklagte einen andern Einwand, er behauptete, daß die Käufer nicht vorschriftsmäßig verfahren seien und daß sein Reisender über die ihm gesteckten Befugnisse hinausgegangen sei. Diese Beweisführung gelang, sodah der Verteidiger, Rechtsanwalt Liebkecht, für Freisprechung plaidierte, auf die der Gerichtshof auch erlammte.

**Zwei ungültige Polizei-Befehle.** Die bekannnten Polizeitafeln mit der Aufschrift „Schritt fahren!“ brauchen nach einem Urteil des Kammergerichts nur dort respektiert werden, wo es sich um den Schutz öffentlicher Interessen handelt. Die Polizeiverwaltung von Kiel hatte angeordnet, daß auch vor einer Privat-Kilnial Schritt gefahren werden solle und mehrere Fußweerts-Besitzer, die dies Verbot mißachteten, zur Bestrafung gebracht. Die Gerichte sprachen die Angeklagten frei und das Kammergericht führte aus, daß im fraglichen Falle nur das Sonder-Interesse des Inhabers der Kilnial und der dort untergeordneten Kranken geschützt werde, welchem das allgemeine Interesse des die Straße befahrenden Publikums an der Schnelligkeit und Leichtigkeit des Verkehrs entgegenstehe. — Aus ähnlichen Gründen erklärte das Kammergericht eine Polizei-Befehle für ungültig, welche bestimmten, daß Hunde, außer mit Halsband und Maulkorb, auch noch mit einer Steuer-marke versehen sein müßten, wenn sie auf die Straße gelassen würden.

## Vermischtes.

Infolge des letzten Sturmes wurden in Danemark, nach der „Voss. Jtg.“, 16 Menschen getötet sowie ungefähr 300 Gehöfte und Häuser vollständig vernichtet, 70 Fabrikschornsteine und 2 Kirchtürme umgerissen, 70 Mühlen zerstört und eine Menge Vieh umgebracht.

Merkwürdigerweise sind meistens neuere Gebäude zerstört worden, während die älteren mit dem Verlust des Daches davonkamen. In den betroffenen Gebieten giebt es aber auf dem Lande nicht viele Gebäude, die ihr Dach behalten haben. — Nach einer Meldung aus Padman (Gouvernement Jekaterinoslaw) verloren bei dem Brande in dem Amtschacht der Steinofengrube „Wpenst“ 68 Menschen das Leben; 11 Menschen wurden gerettet, nachdem sie 60 Stunden, und 21, nachdem sie 5 Tage unter der Erde zugebracht hatten.

**Ein rabiatier Ozeandampfer.** Aus Hamburg meldet die „Frankf. Zeitung“: Der große Dampfer „Deutschland“ hat schon wieder einen Unfall zu verzeichnen. Die vier größten Schlepddampfer sollten den Schiffstoloz aus dem Cuzhafener Hafen auf den Elbstrom bringen. Trotz schweren Sturmes gelang das auch. Auf dem Wege stromaufwärts nach dem Hamburger Hafen lief aber die „Deutschland“ den ihr zur Assistenz beigegebenen Schlepddampfern einfach davon, so daß sie zur Verwunderung aller allein im Hafen eintraf. Nun kamen dem Riesenschiff zwei andre Schlepddampfer zu Hilfe, denen die Aufgabe zufiel, die „Deutschland“ in den Stuhwärderhafen zu bugfieren. Aber der Riese gehorchte den Jüngeren nicht und lief ins Lottenthöft hinein, wo er auf Grund liegen blieb. Vorher hatte das mächtige Schiff zwei Duc d'Alba-Gruppen zerplittert. Nachdem der Unfall passiert, trafen auch die vier Schlepddampfer ein, die aber die „Deutschland“ nicht abbrachten. Erst am folgenden Morgen (20. Dezember), erst mit der Sturmflut gelang es den vereinten Kräften von sieben Schlepddampfern, den Ozeantiefen ab- und an den für ihn bestimmten Platz zu bringen.

**Ueber die geplante Montblanc-Bahn** schreibt die „Gazette de Lausanne“: Ballot, Leiter der Werke auf dem Montblanc, und Degerret, Professor der Mineralogie der Universität Lyon, haben ihr Gutachten über den Bau einer elektrischen Bahn zum Gipfel des Montblanc soeben vollendet und halten den Plan für ausführbar. Nach Prüfung verschiedener für die Anlage vorgeschlagener Linien bezeichnen sie das Dorf Houdes in Savoyen als den geeignetsten Punkt des Thales für den Beginn der Aufsahrt, die von hier aus die geringsten technischen Schwierigkeiten bieten würde. Die Länge der Bahn wird auf 17 000 Meter geschätzt. Der Plan, von G. Favre entworfen, ist kürzlich dem französischen Ministerium vorgelegt worden.

**Die Rache der Köchin.** Aus Budapest, 2. Januar, wird gemeldet: Der hiesige Advokat Dr. Ludwig Freund wurde gestern nachmittag, als er mit seiner Gattin in der Stadt spazieren ging, von einer entlassenen Köchin mit einem scharf geschliffenen Dolchmesser überfallen und erheblich verwundet; die Köchin wurde verhaftet.

**Rettung Schiffbrüchiger.** Durch das Rettungsboot „Reichspost“ sind, wie die Station Langoog der deutschen Gesellschaft für Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert, am 27. Dezember wiederum 5 Personen gerettet worden.

**Ein Massenmörder.** Aus London meldet die „Frankf. Jtg.“: In dem unweit London in der Grafschaft Essex gelegenen Orte Leyton wurde ein furchtbares Verbrechen entdeckt. Ein Mann von 34 Jahren Namens Edgar Edwards, der vor einem Monat in ein Haus in Leyton allein eingezogen war, hatte vor einer Woche einen älteren Herrn, der ihn besuchte, Namens Garland, so mit einer eisernen Stange geschlagen, daß dieser nun schwerverletzt in einem Hospital dantelbergt. Edwards wurde alsbald verhaftet, und die Polizei stellte inzwischen Nachforschungen über ihn an. Sie fand, daß Edwards früher mit einem jungen Ehepaar zusammengekommen hatte, das seit einem Monat verschwunden war. Man ermittelte man sich, daß Edwards verschiedene große Kästen bei sich hatte, als er in das Haus in Leyton einzog und daß er auch den Garten hinter dem Hause hatte umgraben lassen. Die Polizei ließ im Garten nachgraben und man fand fünf Fuß tief auf einem Sad, der einen zerstückelten menschlichen Körper enthielt. Dann wurden noch ein zweiter und ein dritter solcher Sad gefunden. Die Leichen waren die eines Mannes von 25 Jahren, einer Frau desselben Alters und eines Kindes von drei Monaten. Köpfe und Gliedmaßen von Mann und Frau waren vom Körper getrennt und die Schädel waren mit einem schweren Instrumente eingeschlagen. Um den Hals des Kindes war ein Taschentuch geschnürt. Die Leichen können nur einige Wochen in der Erde gelegen haben.

**Gewaltige Unwetter** haben in Rußland, wie erst jetzt näher bekannt wird, auch in der Zeit vom 25. bis 28. Dezember getobt. Urtanartige Westwinde trieben das Wasser der Dnieper vielfach in die Meerbusen und in die Flüsse hinein, und zwar viele Stunden eher, als der Eisklump diese Gegenden erreichte. So wurden die Wasser-massen die Winden, die Dnieper, die Perna u. s. w. hinaufgetrieben, so daß plötzlich in vielen Strichen der betroffenen Ortschaften Ueber-schwemmung eintrat und zahlreiche Personen mit tot ihr Leben reiten konnten. Noch schlimmer sah es auf der See selbst aus. Dort wurden, besonders im Baisischen Meerbusen, Hunderte von Schiffenbooten von dem furchtbaren Nordweststurm überraicht. Zugleich trat ein großes Schneetreiben ein. Die Fischer liehen ihre Netze im Stau und suchten das Land zu gewinnen. Den meisten glückte dies auch. Eine Reihe Boote aber aus Mangern, Karlsbad, Angern und aus der Gylfener Gegend kenterte und alle ihre Insassen ertranken.

**Substitut für das Jrennhaus.** In Edinburgh hat ein junger Mensch in der Zeit vom 11. bis zum 24. Dezember nicht weniger als sechs Kinderwagen in Brand gesteckt. Der medizinische Sachverständige erklärte den Menschen für schwachmüdig und der Richter setzte ihn darauf in Freiheit unter der Bedingung, daß er ins englische Heer eintrete!

**Die vielbesprochene Frage, ob Johann Orth lebt,** ist von seinem Kassen, dem neuesten vielgenannten Erzherzog Ferdinand Leopold, bejaht worden. Es geschah dies in einem Gespräch mit einem Bericht-erstatler der Wiener „Zeit“, worüber dieser berichtet: Wir sprechen natürlich von Johann Orth und der Erzherzog sagte unvermittelt: „Ja, möchte an ihn schreiben.“ Er fragt mich: „Ja, lebt er denn?“ Und der Erzherzog entgegnet: „Ich glaube wohl. Wir alle glauben es. Hören Sie: Meine Schwägerin, die Frau meines Bruders Peter, und andre Personen, die sich seiner sehr wohl erinnern, haben ihn vor einem Jahre in Cannes auf der Nacht seines Bruders gesehen. Wenigstens behaupten sie, an Bord eines Mann gesehen zu haben, der sich abseits hielt und der dem Erzherzog Johann in allem aufs Haar glieh.“ „Warum aber hat ihn niemand angesehen?“ „Es hat sich keiner getraut. Und es wäre auch nutzlos gewesen.“ „Ja, aber der Schiffsherr, sein Bruder, Erzherzog Ludwig Salvator, hätte doch Auskunft geben müssen.“ „Rein. Klein Enkel Ludwig ist ein schwer zugänglicher Mensch, verschlossen und einsilbig. Wenn er Johann Orth bei sich auf den Balearenischen Inseln aufgenommen hat, dann weiß er auch das Geheimnis zu bewahren. Erzherzog Ludwig lebt auf seiner Insel wie ein Patriarch, und von dorther dringt keine Kunde so leicht zu uns.“ „Das sind aber doch nur sehr schwache Anhaltspunkte.“ „Gewiß. Allein, wir haben noch andre. Erzherzog Ludwig und Johann Orth waren ein-ander von jeher innig zugethan. Von allen Geschwistern haben die beiden sich am treuesten geliebt und am besten verstanden.“ „Du lieber Gott, das beweist noch wenig.“ „Warum Sie, da ist noch etwas. Erzherzog Johann hat bei der Part von Jürich 4 Millionen Gulden deponiert. Vor ganz wenigen Jahren wandte sich mein Vater, der als ältester Bruder Johann Orths und als Großherzog von Toskana dessen Erbe ist, an die Part von Jürich, um diese Hinterlassenschaft zu beheben. Er wurde abgewiesen und ihm bedeutet, die Frist zur Todeserklärung Johann Orths könne nur nach schweizerischem Gesetz eingehalten werden, und nach diesem sei sie noch lange nicht abgelaufen. Mein Vater wollte nun wenigstens wissen, in welcher Weise die seither angekauften Rinsen zum Kapital geschlagen wurden, ferner ob Johann Orth an dieses Depot besondere Bestimmungen geknüpft habe. Ueber all diese Dinge wurde die Auskunft rundweg verweigert.“ „Sie glauben also...“ „... daß Johann Orth vielleicht die Rinsen aus Jürich bezieht und daß er sie, wie ich ihm wünsche, gefund und in Ruhe verbeigt.“

**Weiter-Prognose für Sonnabend, den 3. Januar 1903.** Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.







